



Politische Bildung von Zugewanderten im Land Brandenburg: Erfolge und Herausforderungen

Dr. Wolfgang Bautz



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro
Brandenburg

Herausgeberin:

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brandenburg
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
E-Mail: potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

Verantwortlich und Redaktion:

Anne Seyfferth

Autor:

Dr. Wolfgang Bautz

Lektorat:

Eszter Kalmár. Text, Bild, Satz.
www.lektorat-kalmar.de

Layout und Satz:

Meintrup Rupprecht
www.design-server.de

Druck:

Druckerei Brandt, Bonn
www.druckerei-brandt.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-98628-007-9

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2021

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	6
Politische Bildung von Zugewanderten in Brandenburg – ein Aufriss	12
Themenfindung, Themenkanon und blinde Flecken	26
Zugangsbarrieren für politische Bildungsmaßnahmen und Strategien im Umgang mit diesen Barrieren	32
Exkurs: Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	40
Bilanz der Landesintegrationskonferenz 2021	44
Fazit und Ausblick	48
Fragebogen	50
Programm der Landesintegrationskonferenz 2021	60
Literaturverzeichnis und Hinweise auf weiterführende Literatur	62

Vorwort

Zuwanderung und Integration sind wichtige Politikfelder für Brandenburg und damit auch für die Arbeit des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei stehen die gleichberechtigte gesellschaftspolitische Teilnahme von Zugewanderten sowie die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in unseren Kommunen im Fokus. Zuwanderung ist auch ein wichtiger Faktor, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes durch die Gewinnung neuer Arbeitskräfte zu sichern und Brandenburg weiter zu einem weltoffenen, vielfältigen und international orientierten Bundesland zu entwickeln.

Nach Brandenburg kommen sowohl Geflüchtete – derzeit stammt die größte Gruppe aus Syrien – als auch Arbeitsmigranten und -migrantinnen, die meisten von ihnen aus dem Nachbarland Polen. Auch wenn die Anzahl der zugewanderten Personen in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern gering ist, stellt ihre Integration eine Herausforderung für die aufnehmende Gesellschaft dar. Dies macht nicht zuletzt der im Auftrag der Staatskanzlei erstellte „Brandenburg Monitor 2020“ deutlich.

Unser Landesbüro Brandenburg organisiert seit 2002 jährlich eine Landesintegrationskonferenz. Ziel ist es, eine Plattform für Debatten zu aktuellen Themen der Integration mit relevanten politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen, Vertretern und Vertreterinnen von Migrantenorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu führen.

In diesem Jahr haben wir, unter anderem vor dem Hintergrund der stattgefundenen Bundestagswahlen, das Thema „Politische Bildung von Zugewanderten im Land Brandenburg“ in den Mittelpunkt gestellt. Als politische Stiftung, die in allen Bundesländern politische Bildungsmaßnahmen durchführt, sind auch wir mit den vielfältigen Herausforderungen, die mit der politischen Bildung dieser Gruppe verbunden sind, konfrontiert. Sie stellt einen unbestrittenen wichtigen Beitrag für die Integration von zugewanderten Menschen dar. Gleichzeitig ist sie Voraussetzung dafür, dass sich Zugewanderte politisch engagieren und sich damit in der gesellschaftspolitischen Mitgestaltung einbringen. Nicht nur in Brandenburg sind Zugewanderte auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert.

Um im Vorfeld unserer diesjährigen Landesintegrationskonferenz einen besseren Überblick über die bisherigen Erfolge und bestehenden Herausforderungen bei der politischen Bildung für Zugewanderte zu gewinnen, haben wir die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Sie hat explorativen Charakter und macht deutlich, dass in den letzten 30 Jahren auf diesem Gebiet zwar

einiges aufgebaut und erreicht wurde, es aber nach wie vor nicht einfach ist, die – durchaus heterogene – Zielgruppe flächendeckend mit passenden Angeboten zu erreichen. Die Studie berücksichtigt dabei sowohl Geflüchtete, die aus fernerer Ländern und Kulturen nach Brandenburg gekommen sind, als auch Zugewanderte, die aus anderen europäischen Staaten überwiegend als Arbeitskräfte eingewandert sind.

Bildungspolitische Projekte für Geflüchtete scheinen vor allem dann zu gelingen, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind: die Existenz ehrenamtlicher Initiativen, die bereits Kontakte zu den in Brandenburg schutz- oder arbeitssuchenden Menschen aufgebaut haben, und eine räumliche Konzentration der Zielgruppe in Gemeinschaftsunterkünften, die die Erreichbarkeit für die politischen Bildungsträger erleichtert.

Die wesentlichen Ergebnisse der diesjährigen Landeskonferenz, die am 14. Oktober 2021 in Potsdam-Hermannswerder stattfand und online übertragen wurde, sind ebenfalls in der vorliegenden Studie enthalten.

Mein Dank gilt dem Autor dieser Studie, Dr. Wolfgang Bautz, der viele Jahre als Leiter des landesweiten Projekts „Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg“ (FaZIT) gewirkt hat. Er ist außerdem seit 2002 maßgeblich in die inhaltliche sowie organisatorische Vorbereitung und Durchführung unserer Landesintegrationskonferenz involviert.

Allen Interviewpartnern und -partnerinnen, die bereit waren, ihre Erfahrungen und Kenntnisse im Rahmen der Interviews zur Verfügung zu stellen, sowie allen Mitwirkenden bei unserer Konferenz danke ich für ihre wertvollen Beiträge. Entstanden ist somit erstmals eine Bestandsaufnahme zu diesem wichtigen Integrationsthema, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Sie hilft hoffentlich all denjenigen, die sich für eine erfolgreiche politische Bildung von Zugewanderten engagieren, konkrete Handlungsansätze für die weitere Entwicklung ihrer Programme zu identifizieren.

Anne Seyfferth

Leiterin des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brandenburg

Potsdam, November 2021

Einleitung

Der Herbst 2015 brachte für die Brandenburgische Landesregierung, die Kommunen des Landes, für Vereine und Verbände sowie für engagierte Bürgerinnen und Bürger zahlreiche, vielfach bisher unbekannte Herausforderungen mit sich. Es galt, Tausenden von Menschen, die auf der Flucht vor Gewalt, religiöser Intoleranz oder Elend waren, ein sicheres Ankommen in unserem Bundesland zu ermöglichen. Was als Nothilfe begann, wandelte sich relativ schnell und geräuschlos in „die Mühen der Ebene“ mit neuen, andersartigen Herausforderungen. Eine davon ist, den Menschen, die in Brandenburg eine neue Wohnstatt gefunden haben, eine diskriminierungsfreie und möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund entwickelten etablierte wie neue Träger in den vergangenen Jahren vermehrt Angebote der politischen Bildung, die sich explizit an „Geflüchtete“ bzw. „Migrantinnen und Migranten“ wenden.

Ungeachtet dem Ausbau der politischen Bildungsarbeit wird von Fachkräften in verschiedenen Gremien, Konferenzen und Seminaren die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass

- a) es den unterschiedlichen Trägern der politischen Bildungsarbeit schwerfällt, die anvisierten Zielgruppen zu erreichen,
- b) eine Reihe von Bildungsangeboten weder die Heterogenität dieser Zielgruppen noch ihre Lebenswelt in der hiesigen Gesellschaft berücksichtigt,
- c) Migrantinnen und Migranten unzureichend in die Planung und Durchführung von Maßnahmen der politischen Bildung einbezogen sind und
- d) bezüglich der Wirkung der jeweiligen politischen Bildungsmaßnahmen kaum solide Informationen vorliegen.

Die vorliegende Studie greift diese Diskussionen auf und stellte sich das Ziel, einen Überblick über die politische Bildung für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg zu geben und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsangebote zu leisten.

Ein Blick auf die Literatur zur politischen Bildung offenbart rasch eine vage Bestimmung ihres Gegenstands sowie wenig Abgrenzung zu anderen Bereichen der Erwachsenenbildung. Jede empirisch orientierte Studie ringt daher mit einer gewissen konzeptionellen Unschärfe und muss

Entscheidungen zum Gegenstand und Umfang der Untersuchung, zumal zeitliche und personelle Ressourcen begrenzt sind. Die vorliegende Studie beschränkte sich aus Kapazitätsgründen auf jene Maßnahmen, die sich eindeutig der Förderrichtlinie der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung zuordnen lassen bzw. im Rahmen dieser Richtlinie ebenfalls förderfähig wären.¹ Damit wird ein verhältnismäßig enger Begriff der politischen Bildung zugrunde gelegt und nur formelle, in einem gewissen institutionellen Rahmen durchgeführte Maßnahmen wurden in die Untersuchung einbezogen. Weil es die Möglichkeiten der Studie gesprengt hätte, wurden demnach keine Angebote berücksichtigt,

- a) die in Kombination mit beruflicher, allgemeiner, sprachlicher oder kultureller Bildung angeboten und durchgeführt werden (das betrifft vor allem die bundesfinanzierten Integrationskurse, die als Integrationsmaßnahme zur Sprachförderung und Wertevermittlung für Migrantinnen und Migranten konzipiert sind),
- b) bei denen eine allgemeine Lebensorientierung überwiegt,
- c) die in einem nonformalen Rahmen angeboten und durchgeführt werden, wie etwa die Begleit- bzw. Mentoring-Aktivitäten ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger,
- d) welche die Entwicklung und Einübung von Handlungskompetenzen jenseits der herkömmlichen Betätigungsfelder der politischen Bildung in verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements ermöglichen.

Somit ist keine Erhebung der gesamten Angebotslage in unserem Bundesland und auch kein genaues Abbild von Bedürfnissen und Interessen der potenziellen Teilnehmenden zu erwarten. Dennoch erlaubt die gewählte Vorgehensweise der empirischen Untersuchung verlässliche Aussagen und somit wichtige Rückschlüsse auf die hauptsächlichen und fortbestehenden Ursachen für Schwierigkeiten bei den Zugängen zu den Angeboten, die Angemessenheit der angebotenen Themen sowie auf die Hilfe- und Unterstützungsbedarfe sowohl aus der Sicht der Träger als auch aus der Perspektive der Teilnehmenden.

Da diese Studie einen Blick über die Landeshauptstadt hinaus in die Fläche des Bundeslandes anstrebt, wurden zunächst die kommunalen Integrationsbeauftragten gebeten, Träger zu benennen, die in ihrer jeweiligen Gebietskörperschaft in den vergangenen drei Jahren politische

1 Die Richtlinie des MBJS zur Förderung von Maßnahmen der politischen Bildung durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung vom 24. Dezember 2020 führt in Paragraph 2 Abs. 1 folgende maßgeblichen Zwecke und Inhalte auf:

- Förderung des Verständnisses der Demokratie und der verfassungsmäßigen Ordnung sowie der Mitwirkung an demokratischen Prozessen;
- Vermittlung von Kenntnissen politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Fragen der Gegenwart;
- Vermittlung von Kenntnissen landesspezifischer kommunalpolitischer, kultureller und historischer Themen;
- Vertiefung des europäischen Gedankens und Vermittlung von Kenntnissen internationaler Entwicklungsprozesse;
- Aufklärung über Ursachen und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, politischem Extremismus und Gewalt sowie die Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung.

Online verfügbar unter: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/system/files/document/Richtlinie.pdf>

Bildungsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten angeboten haben. Parallel dazu wurden die Landeszentrale für politische Bildung und das bei der Staatskanzlei des Landes Brandenburg angesiedelte *Bündnis für Brandenburg* gebeten, Zuwendungsnehmer zu benennen, die für entsprechende Bildungsmaßnahmen eine Förderung bewilligt bekommen hatten. Daraus ergab sich eine Aufstellung von insgesamt 49 Trägern bzw. Migrantenorganisationen, die angeschrieben und eingeladen wurden, an einer anonymen Onlineumfrage und/oder einem Interview teilzunehmen.

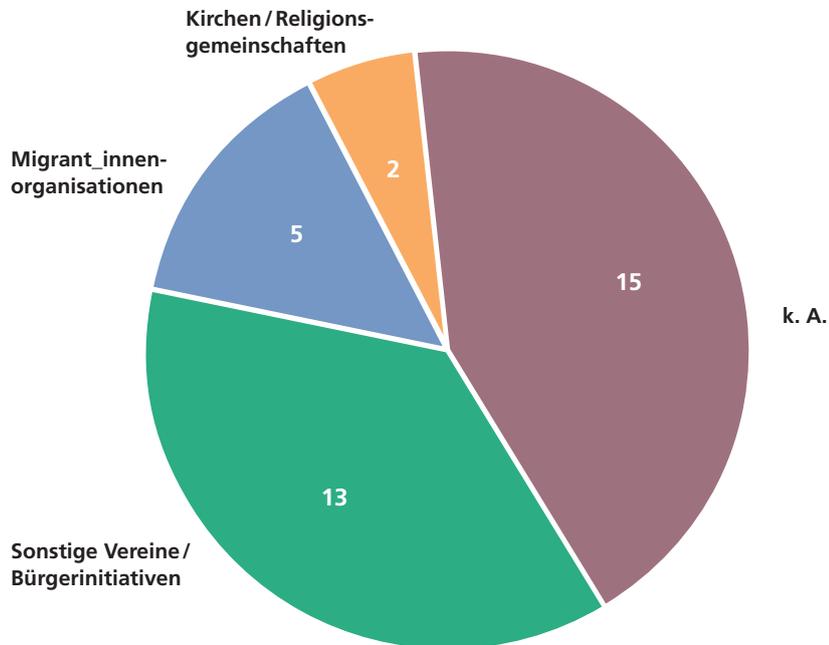
Einschränkend muss erwähnt werden, dass diese Liste von 49 Trägern bzw. Migrantenorganisationen wahrscheinlich nicht alle im Land Brandenburg agierende Träger von Maßnahmen der politischen Bildung für Migrantinnen und Migranten erfasst.² Es ist möglich, dass den kommunalen Integrationsbeauftragten nicht alle Maßnahmen zur Kenntnis gelangten, wie es ebenso wahrscheinlich ist, dass Träger Maßnahmen durchgeführt haben, die nicht durch das Land Brandenburg gefördert wurden, sondern mit Mitteln des Bundes, privater Stiftungen oder mit Eigenmitteln arbeiteten.

Beide Instrumente, die Onlineumfrage und die telefonisch geführten Interviews, dienten der Datenerhebung. Grundlage der internetgestützten Umfrage war ein Fragebogen aus offenen und geschlossenen Fragen (siehe Anhang). Die offenen Fragen gaben den Teilnehmenden die Möglichkeit, die Antworten stichwortartig selbst zu formulieren, während die geschlossenen Fragen bereits Antworten zur Auswahl vorgaben. Letztere wurden mit einfachen statistischen Methoden weiterverarbeitet. Die Teilnahme an der Onlineumfrage sicherte Anonymität zu, was durch die Programmierung der Befragung und die Vorgehensweise bei der Verarbeitung der erhobenen Daten sichergestellt wurde.

Von den angeschriebenen Einrichtungen nahmen zwischen 26. März und 7. Mai 2021 insgesamt 35 an der Onlinebefragung teil. Die Selbstzuordnung der an der Umfrage beteiligten Träger-einrichtungen ergab folgendes Bild: Die Mehrheit dieser Einrichtungen ordnet sich der Kategorie *Sonstige Vereine/Bürgerinitiativen* zu (vgl. Abbildung 1). Das legt den Schluss nahe, dass der größte Teil der Maßnahmen der politischen Bildung für Migrantinnen und Migranten von Vereinen bzw. Bürgerinitiativen geplant und durchgeführt wurde. Den zweitgrößten Block der beteiligten Einrichtungen bilden die *Migrantenorganisationen*, mit Abstand gefolgt von Einrichtungen, die sich den Kirchen oder Religionsgemeinschaften zuordnen. Aus dem Bereich der politischen Parteien und ihrer Stiftungen sowie der Gewerkschaften nahm keine Einrichtung an der Befragung teil.

² Im Rahmen der Aufgabenstellung dieser Untersuchung wäre es für die Beurteilung der Angebote und der zielgruppenadäquaten Nutzung grundsätzlich hilfreich, auf eine vollständige, empirisch abgesicherte Datenbasis zu den durchgeführten Veranstaltungen als auch den Teilnehmenden zurückzugreifen. Diese Datenbasis steht aber nicht zur Verfügung und kann auf absehbare Zeit auch nicht erarbeitet werden.

Abbildung 1

Institutioneller Hintergrund der beteiligten Einrichtungen

Quelle: Onlinebefragung 2021

15 Personen willigten ein, an einem leitfadengestützten, telefonischen Interview teilzunehmen, das jeweils im Mai/Juni 2021 durchgeführt wurde. Die Dauer der Gespräche lag zwischen 32 und 55 Minuten und sie konzentrierten sich auf folgende Fragen:

- Wie gelang es, die Angebote der politischen Bildung auf diese neue(n) Zielgruppe(n) auszurichten und für sie attraktiv zu gestalten?
- Welche Inhalte und Methoden wurden für die Zielgruppe(n) entwickelt?
- Welche Schwierigkeiten und Herausforderungen ergaben sich bei der Umsetzung der angestrebten Bildungsziele?
- Welche Zugänge zu den im Territorium lebenden Migrantinnen und Migranten haben sich als besonders erfolgreich erwiesen bzw. welche Zugangsschwierigkeiten hielten die Migrantinnen und Migranten davon ab, Angebote politischer Bildung wahr- bzw. anzunehmen?
- Welchen Einfluss hatte die COVID-19-Pandemie auf die Angebote der politischen Bildung und wie reagierten die Träger auf die neu entstandene Situation?

Alle Personen, die an einem telefonischen Interview teilnahmen, zählten zu den Verantwortlichen auf der Seite der Träger oder gehörten dem Kreis der Lehrkräfte an, die Veranstaltungen der politischen Bildung durchgeführt haben. Es gelang nicht, Teilnehmende der Veranstaltungen selbst für ein Gespräch zu gewinnen.³

Die Interviews wurden transkribiert. Die so entstandenen Texte, aus denen im Folgenden mehrfach zitiert wird, wurden redaktionell nur geringfügig bearbeitet, wenn die Verständlichkeit der Aussage es erforderte. In der Regel wird das gesprochene Wort wiedergegeben.

Abschließend noch ein Wort zu den Begrifflichkeiten. In den vergangenen Jahren ist eine stattliche Zahl von Begriffen in den Umlauf gekommen, um a) ein sehr heterogenes Universum der eingewanderten Bevölkerung abzubilden oder/und b) diesbezüglich diskriminierende Stereotype weitestgehend aus dem Sprachgebrauch zu verbannen: Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Migrationserfahrung, Migrantinnen und Migranten, Zugewanderte, *global citizens* oder Mehrheimische. Diese unvollständige Aufzählung macht bereits auf die begrifflichen Schwierigkeiten aufmerksam, die entstehen, wenn Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen und mit vielfältigen Motivationslagen nach Deutschland einreisen und zeitlich begrenzt oder dauerhaft hier ihren Wohnsitz nehmen, unter einem Begriff vereint werden. Gäbe es nicht einen gemeinsamen Nenner, dann würde es sich eigentlich strengstens verbieten, überhaupt einen „Einheitsbegriff“ zu verwenden. Aber egal auf welcher Rechtsgrundlage Menschen in Deutschland einreisen und wohnhaft werden, ob zum Zweck der Erwerbstätigkeit, ob sie im Rahmen der Freizügigkeit aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder aus einem sogenannten Drittstaat einreisen, ob sie größere Investitionen tätigen, oder in Deutschland Schutz von Verfolgung, Gewalt oder elenden Lebensbedingungen suchen, ob sie zum Zweck der Heirat mit einem in Deutschland lebenden Partner oder Partnerin, ob sie in das Land ihrer Vorfahren „zurückkehren“ oder aus einem sonstigen Grund eine neue Heimat suchen, alle diese Menschen müssen sich mit den in Deutschland vorgefundenen Bedingungen auseinandersetzen und den vielschichtigen Prozess der Integration in Angriff nehmen. Das ist der gemeinsame Nenner, der die Grundlage für die Begrifflichkeit bildet.

Hier haben wir uns für die Verwendung des Begriffes *Zugewanderte* entschieden (aus Gründen der Lesbarkeit an verschiedenen Stellen durch *Migrantinnen und Migranten* sinngleich ersetzt), der in der Fachliteratur als auch umgangssprachlich sehr häufig genutzt wird. Dafür sprachen vor allem zwei Gründe: Einmal scheint *Zugewanderte* die unterschiedlichen Gruppen relativ neutral zusammenzufassen und desweitern ist dieser Begriff genderneutral.⁴

³ Aus Datenschutzgründen wurden von den meisten Trägern keine Kontaktdaten der Teilnehmenden weitergegeben. In einigen Fällen waren dem Autor Teilnehmende von Veranstaltungen politischer Bildung bekannt. Dennoch gelang es aus unterschiedlichen Gründen nicht, während des Untersuchungszeitraums mit diesen Personen einen Gesprächstermin zu vereinbaren.

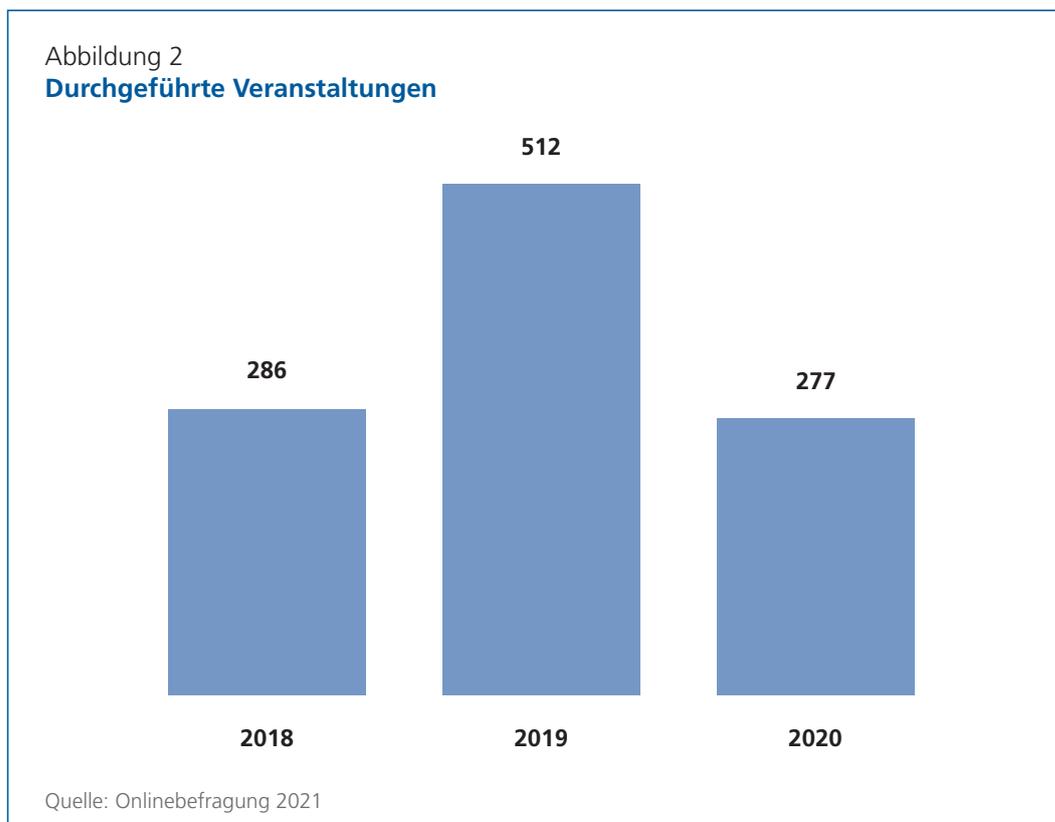
⁴ In dieser Studie wird versucht, bei den Substantiven jeweils die weibliche und männliche Form oder neutrale Ausdrücke zu verwenden. In den jedem Fall sind alle Geschlechter mitgedacht.

Politische Bildung von Zugewanderten in Brandenburg – ein Aufriss

Die Bedeutung der politischen Bildung von Migrantinnen und Migranten ist in Brandenburg unbestritten und sie wird als ein unerlässlicher Beitrag zur Integration und zum Zusammenleben auf der Grundlage der allgemeinen Normen des Grundgesetzes und der gültigen demokratischen Werte erachtet. Die unterschiedlichen Akteure, von der Landesregierung bis zu den lokalen Maßnahmeträgern, stellen sich, jeweils mit ihren spezifischen Möglichkeiten, dieser Herausforderung. Im Ergebnis hat sich eine Vielzahl von Konzepten, Vorhaben und Projekten entwickelt. Damit sind die Träger bereit und in der Lage, politische Bildungsmaßnahmen für die im Land Brandenburg lebenden Zugewanderten anzubieten. Die Ergebnisse der Onlinebefragung spiegeln gewisse regionale Unterschiede hinsichtlich der Angebotsdichte wider und weisen auf Häufungen der Angebote in der Landeshauptstadt Potsdam und im Landkreis Potsdam-Mittelmark hin. Dennoch kann festgehalten werden, dass es keinen Landkreis bzw. keine kreisfreie Stadt gibt, in dem bzw. in der in den vergangenen drei Jahren keine entsprechenden Bildungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Es gibt also keine sogenannten weißen Flecken auf der Landkarte der politischen Bildung in Brandenburg.

Aufgrund der Unterschiede der engagierten Institutionen gibt es eine große Vielfalt der Angebote und Themen. Es ist also eine relativ bunte Landschaft der politischen Bildung entstanden, in der die einzelnen Akteure bestrebt sind, auf die unterschiedlichen Interessen, Motivationen, Sozialisationsbedingungen sowie Vorerfahrungen der Adressatinnen und Adressaten der Angebote einzugehen bzw. diese zu berücksichtigen. Jedoch lassen weder die Ergebnisse der Befragung noch die Aussagen in den Interviews ein eindeutiges Urteil zu den erzielten Wirkungen sowie der Frage, inwieweit die Bestrebungen der Träger von Erfolg gekrönt waren, zu. Einige Interviewpartnerinnen und -partner wiesen vielmehr auf Schwierigkeiten hin, die zum Teil auf ein komplexes Geflecht von Ursachen zurückzuführen sind.⁵

5 Zweifellos können institutionelle Arrangements, wie etwa Förderbedingungen, darauf hinwirken, dass vermeintlich „wichtige“ Themen (der Mehrheitsgesellschaft) in den Vordergrund gestellt und an die Zugewanderten zu vermitteln sind. Aber auch unzureichender „Perspektivwechsel“ oder mangelnde Achtsamkeit können einem stärkeren Eingehen auf die Situation der Teilnehmenden entgegenstehen. Darauf macht beispielhaft ein Interviewpartner aufmerksam: „In Potsdam gibt es den Zusammenschluss Anders als du glaubst, der verschiedene Gruppen und Initiativen vereint, vom Autonomen Frauenzentrum bis hin zum Neuen Potsdamer Toleranzedikt oder kirchlichen, religiösen Gruppen ... mein Interesse war immer, Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete, in diesen Prozess miteinzubeziehen. Aber das Hindernis ist, dass wir in diesem Bündnis auf einem so hohen Niveau sprechen und damit den Geflüchteten die Möglichkeit versagen, mitzukommen. Ich bringe ein konkretes Beispiel: Unser Antirassismuskurs findet auf so einem Niveau statt, wo die, die von Rassismus betroffen sind, ich sag mal einschränkend, häufig nicht teilnehmen können. Sprachvermögen spielt eine Rolle, aber auch



Quantität

Die Ergebnisse der Onlinebefragung machen deutlich, dass sich die Anzahl der Veranstaltungen von 2018 auf 2019 deutlich erhöht hat. Die COVID-19-Pandemie hat diese Tendenz im Frühjahr 2020 jedoch abrupt gestoppt (vgl. Abbildung 2). Die Träger haben versucht, sich an die Situation anzupassen, stießen aber an deutliche Grenzen inhaltlicher wie technischer Natur (siehe dazu Kapitel Exkurs: Auswirkungen der COVID-19-Pandemie).

Die Mehrheit der Träger der politischen Bildungsmaßnahmen erklärt, dass der starke Anstieg von Personen, die im Herbst 2015 und Frühjahr 2016 in Deutschland Schutz vor Krieg, Verfolgung oder materieller Not in ihrer Heimat suchten, eine deutliche Zäsur in ihrer Arbeit verkörpert habe. Bereits etablierte wie neue Träger begannen damit, Konzepte zu erarbeiten und Projekte zu planen, um der Krise zu begegnen. Die Erfahrungen aus der Arbeit mit den Geflüchteten halfen ihnen, die jeweiligen Angebote kontinuierlich an die konkreten Bedürfnisse der Zielgruppe wie auch den Herausforderungen an die Arbeit mit ihnen anzupassen. Hierfür steht beispielhaft die Aussage des Programmverantwortlichen bei der *Stiftung für Engagement und Bildung e. V.*:

kulturelles Vorwissen. Unser Rassismusbegriff ist Ergebnis der Reflexion von Kolonialismus, ist Reflexion von deutscher Geschichte, der Geschichte des Nationalsozialismus und diese ganzen Fragen, dieser Background ist nicht vorhanden. Und wenn wir eine halbe Stunde über Faschismus diskutieren, dann sind die draußen und haben keine Lust, das nächste Mal dabei zu sein.“ — Telefoninterview mit Bernhard Fricke, Flüchtlingsarbeit Ev. Kirchenkreis Potsdam, 27. April 2021.

„Unsere Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung für Migrantinnen und Migranten haben, nicht ganz zufällig, 2015 angefangen. Da gab es zunächst ganz klassische Angebote. Wir haben mit Geflüchteten staatliche Institutionen besucht, z. B. den Landtag in Potsdam, ein Gericht usw. Das ist dann aber zurückgegangen, in dem Sinn, dass es immer weniger Veranstaltungen gab, die nach dem Muster abliefen: Jemand erklärt jemandem etwas. Dagegen entstanden mehr Dialogprojekte zu politischen Bildungsthemen.“⁶

Zielgruppe

Den Ergebnissen der Umfrage zufolge sind Geflüchtete (mit unterschiedlichem Rechtsstatus) die hauptsächliche Zielgruppe der politischen Bildungsarbeit im Migrations- und Integrationsbereich. Die Antworten zur Zusammensetzung der Gruppen, die die angebotenen Veranstaltungen in den vergangenen drei Jahren besuchten, stellen diese Exklusivität deutlich heraus. Zwar geben alle Befragten an, dass die Veranstaltungen heterogen zusammengesetzt waren, damit, so legen weitere Antworten sowie die Interviews nahe, beziehen sie sich jedoch fast ausschließlich auf die unterschiedlichen Herkunftsländer der Geflüchteten.

Die Konzentration auf die Zielgruppe der Geflüchteten offenbart zweifellos eine ausgeprägte Stärke der politischen Bildungsarbeit im Land Brandenburg, denn die unterschiedlichen Träger stellten damit ihre Fähigkeit unter Beweis, relativ schnell und in allen Landesteilen qualitativ hochwertige Veranstaltungen anzubieten. Die große Anzahl von Veranstaltungen zeigt eine klare und entschlossene Haltung gegenüber den Herausforderungen, die der Herbst 2015 nach sich zog. Dabei konnten die Träger in der Mehrheit der Fälle auf zwei Voraussetzungen setzen, die zum Gelingen der jeweiligen ins Leben gerufenen Projekte beitrugen: die Existenz zahlreicher ehrenamtlicher Initiativen, die die Kontakte zu den in Brandenburg Schutz suchenden Menschen bereits aufgebaut hatten, sowie die räumliche Konzentration der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften.

Zugleich weist diese Stärke auf ein strukturelles Problem der politischen Bildung hin. Brandenburg ist in den vergangenen Jahren zum Ziel von Einwanderung aus dem Ausland geworden. Während in den 1990er- und in den 2000er-Jahren Expertinnen und Experten noch feststellen mussten, dass die ostdeutschen Bundesländer nicht attraktiv genug für Zuwanderung waren,⁷ zeigen die letzten Jahre, dass die These zumindest für Brandenburg nicht mehr so vorbehaltlos aufrechterhalten werden kann. Wie sich aus der folgenden Abbildung 3 ableiten lässt, haben sich inzwischen

⁶ Telefoninterview mit Daniel Smith, *Stiftung für Engagement und Bildung e. V.*, 18. Mai 2021.

⁷ Vgl. etwa das 2003 verfasste *Memorandum Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Chancen. Risiken. Aufgaben*. Online verfügbar unter: <https://dienhong.de/wp-content/uploads/2011/03/memorandum.2003.pdf>
Das Memorandum wurde unterzeichnet von Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg; Gundel Berger, Referat des Ausländerbeauftragten Sachsen-Anhalt; Klaus Drewlo, DRK-Landesverband Sachsen-Anhalt; Stojan Gugutschkow, Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig; Khan Van Pham, Interkulturelles Zentrum des Caritas-Verbandes Magdeburg; Dr. Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter der Hansestadt Rostock; Günter Piening, Ausländerbeauftragter Sachsen-Anhalt; Maria Pichottka, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte; Heike Steege, Ausländerbeauftragte der Stadt Chemnitz.

Abbildung 3

**Ausländische Bevölkerung im Land Brandenburg:
10 wichtigste Herkunftsländer**

Quelle: Daten und Grafiken. Menschen mit Migrationshintergrund⁸

Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten in erheblichem Maß in Brandenburg niedergelassen. Diese allmähliche, fast „geräuschlos“ verlaufende Entwicklung wurde durch den Herbst 2015 „überschattet“, so dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Zuwanderung, die nicht mit der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Gewalt verbunden ist, eine untergeordnete Rolle spielt.

Wenngleich der Herbst 2015 zweifellos für die politische Bildungsarbeit neue und dringliche Prioritäten stellte, müssen für die Konzentration auf die Zielgruppe der Geflüchteten weitere Faktoren in Betracht gezogen werden. Einerseits wirkt die lange Zeit der Vernachlässigung (bis hin zum Ausschluss) nicht deutscher Zugewandeter von Maßnahmen der politischen Bildung⁹ noch deutlich nach, andererseits muss auf die Besonderheiten der Zuwanderung in Brandenburg, ihre räumliche Verteilung und sozio-kulturelle Heterogenität verwiesen werden, um zu erklären, warum „Nichtgeflüchtete“ bislang verhältnismäßig wenig angesprochen oder erreicht worden sind.

⁸ Online verfügbar unter: https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/KOMPENDIUM-06_2020.pdf. In der Quelle ist die ausländische Bevölkerung gemäß dem Ausländerzentralregister angegeben. Per Definition unterscheidet sich diese Gruppe von der statistischen Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“. Letztere ist umfassender und schließt auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein, die sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht durch Geburt „erworben“ haben.

⁹ Erst im Januar 2001 strich die Bundeszentrale für politische Bildung die „Deutschstämmigkeit“ als Voraussetzung zur Teilnahme an von ihr geförderten Veranstaltungen und öffnete den Weg, auch Zugewanderte mit ausländischer Staatsbürgerschaft als Zielgruppe zu definieren. Vgl. Christoph Müller-Hofstede, Das Megathema Migration und die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung, zitiert in: Stefanie Reiter, Richard Wolf, Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen, online verfügbar unter: www.bpb.de/files/2/AELAY.pdf.

Die oben erwähnte Konjunktur von politischen Bildungsmaßnahmen wirkte sich kaum oder gar nicht auf diese Gruppen der zugewanderten Bevölkerung aus. Ehemalige Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter sowie deren Nachkommen, Russlanddeutsche, jüdische Zugewanderte aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie sonstige Drittstaatsangehörige etwa befinden sich gewissermaßen im „toten Winkel“, wenn es um Angebote der politischen Bildung geht. Die wenigen im Land Brandenburg existierenden Migrantenorganisationen waren in den vergangenen Jahren offensichtlich nicht in der Lage, diese Angebotslücke zu kompensieren.

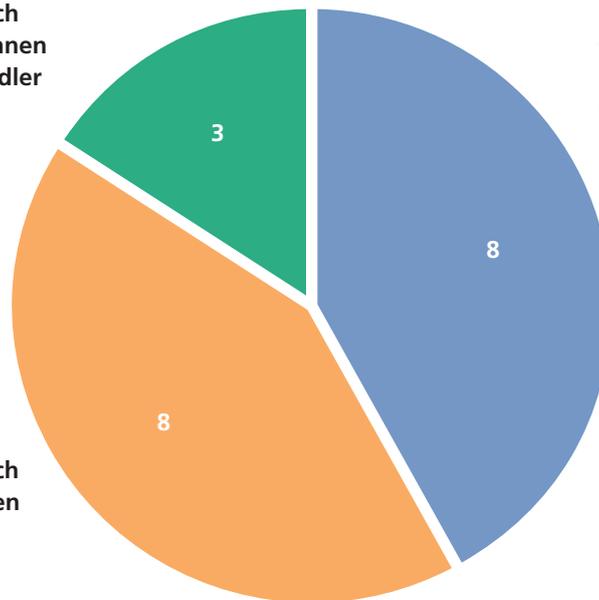
In der Onlinebefragung wurde die Zahl der Veranstaltungen für jeweils die Jahre 2018, 2019 und 2020 abgefragt und zusätzlich wurden die Teilnehmenden gebeten, die Zielgruppe zu benennen bzw. auszuwählen, an die sich die Veranstaltungen hauptsächlich oder mehrheitlich wandten. Die folgende Tabelle gibt die die Summe der Veranstaltungen für den gesamten Untersuchungszeitraum wieder, die sich an Personen ohne Fluchterfahrung wandten, und bestätigt die Einschätzung, dass verschiedene Gruppen von Zugewanderten in Brandenburg nicht als Zielgruppe in den Blick genommen wurden (vgl. Abbildung 4).

Aufgrund der gezielten, auf Geflüchtete konzentrierten Ansprache und möglicherweise wegen der Themenauswahl profitierten andere, quantitativ ebenso bedeutsame Gruppen von Zugewan-

Abbildung 4

Angesprochene Zielgruppen

Hauptsächlich
oder mehrheitlich
Spätaussiedlerinnen
oder Spätaussiedler



Hauptsächlich
oder mehrheitlich
Drittstaats-
angehörige

Hauptsächlich
oder mehrheitlich
EU-Bürgerinnen
oder EU-Bürger

Quelle: Onlinebefragung 2021

dernten,¹⁰ nicht von der spürbaren Ausweitung der Angebote politischer Bildungsmaßnahmen. Diese Gruppen von Migrantinnen und Migranten werden sowohl von den etablierten und zum Teil landesweit arbeitenden Trägern als auch von eher kleinen und lokal begrenzt arbeitenden Trägern wenig oder gar nicht in ihren jeweiligen Angeboten berücksichtigt.¹¹ Stellt man die Zahl der Veranstaltungen, die sich an diesen Personenkreis wenden, ins Verhältnis zur Gesamtzahl der in der Onlinebefragung ausgewiesenen Veranstaltungen, so ergibt sich ein Prozentsatz von weniger als zwei. Somit legen die Ergebnisse der Befragung den Schluss nahe, dass große Teile der zugewanderten Bevölkerung nicht in die Maßnahmen der politischen Bildung einbezogen sind.

Eine „Öffnung“ der Veranstaltungen, die ursprünglich für Geflüchtete konzipiert wurden, für einen breiteren Kreis von Teilnehmenden fand offensichtlich nur in geringem Maß statt. Der Verantwortliche des von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierten Programms *Demokratische Bildung*, Herr Chadi Bahouth, promovierter Politologe, Trainer und Therapeut, machte im Telefoninterview auf eine Praxis aufmerksam, der nur wenige Träger gefolgt sind:

„Wir haben das Programm *Demokratische Bildung* auf Arabisch gestartet, später auch auf Englisch und Deutsch angeboten, ein bisschen angepasst an die Entwicklung der potenziellen Teilnehmenden. Wir haben versucht, es für diejenigen zu öffnen, die länger in Deutschland sind, mit deutscher Staatsbürgerschaft oder mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die hier schon längere Zeit leben.“¹²

In den Interviews wird diese fehlende Öffnung so gut wie ausschließlich mit den Kriterien der Zuwendungsgeber begründet.¹³ Die Bedeutung der Förderkriterien und die damit verbundene Schwerpunktsetzung liegt auf der Hand. Dennoch muss auf weitere Faktoren hingewiesen werden. Unter diesen erweist sich der fehlende Zugang zum genannten Personenkreis als der entscheidende Faktor.

- 10** In Brandenburg waren 2019 ca. 73.000 Personen aus den Mitgliedstaaten der EU wohnhaft. Sie stellen damit ungefähr ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund. Im selben Jahr wurden ca. 23.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (mehrheitlich Russlanddeutsche) in den Statistiken ausgewiesen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, o. O. 2020, S. 135.
- 11** Dabei lässt die Zahl der in der politischen Bildungsarbeit engagierten Migrantenorganisationen durchaus eine gezieltere Arbeit mit diesen Gruppen vermuten. Insgesamt 16 wurden von den Integrationsbeauftragten der Kommunen, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Bündnis für Brandenburg/Staatskanzlei benannt, die als Träger für Maßnahmen der politischen Bildung in Erscheinung traten.
- 12** Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflichem Politologen und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021. Gegenstand des Gesprächs waren die von Herrn Bahouth im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung konzipierten und durchgeführten Veranstaltungen im Rahmen des Programms *Demokratische Bildung*.
- 13** Ein Beispiel dafür sind die Aussagen des Geschäftsführers der Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e. V., eines langjährigen, sehr erfahrenen Trägers in der politischen Bildungsarbeit mit Zugewanderten: „Grundsätzlich arbeiten wir in der politischen Bildung mit allen Zugewanderten, aber die konkrete Zielgruppe ergibt sich immer aus den Projekten heraus. So haben wir zurzeit einen großen Schwerpunkt in der Projektarbeit in der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, daraus folgt, dass wir bei Maßnahmen der politischen Bildung eben auch in diesen Bereich blicken. Kommt möglicherweise ein anderes Projekt, dann blickt man dorthin. Dadurch wird es ein bisschen wechselhaft. Es gibt eine deutliche Schwerpunktsetzung in Bezug auf die Geflüchteten. Das kommt ja auch durch die Flüchtlingsinitiativen ... Und auch die Förderinstrumente setzen diesen Schwerpunkt auf Geflüchtete. Wobei ich nicht sagen würde, dass diese Gruppe mehr Bedarf hat als andere. Ich glaube, der Bedarf ist bei allen Gruppen sehr hoch, in verschiedene Richtungen.“ Telefoninterview mit Kilian Kindelberger, BBAG, 17. Juni 2021.

Dauer

Unter den Trägern von politischen Bildungsmaßnahmen im Land Brandenburg hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass die einzelnen Bildungsveranstaltungen eine gewisse Dauer nicht unterschreiten dürfen und diese Veranstaltungen möglichst in einen Zyklus bzw. eine Veranstaltungsreihe eingebettet sein müssen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um fest terminierte Veranstaltungen handelt, die sich über einen bestimmten Zeitraum erstrecken, oder um immer wieder ad hoc einberufene Zusammenkünfte. Wichtig ist, und diese Tatsache wird von allen interviewten Personen herausgestellt, dass es einen relativ langanhaltenden und zuverlässigen Kontakt zu den Teilnehmenden braucht, um Bildungsmaßnahmen mit Erfolg durchführen zu können. Die jeweiligen Zusammenkünfte bzw. Veranstaltungen stellen dann die Höhepunkte der Kontaktarbeit und deren Bekräftigung dar. Die Interviewpartnerin vom *Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow* und der Direktor von *Social Science Works* machen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen auf die jeweils besondere Vorgehensweise aufmerksam:

„Man muss sich ja die Frage stellen, wie kommen die Menschen in die Veranstaltungen. Und das ist nicht so, dass wir interessante Flyer machen, die auf Themen hinweisen, die für Migrantinnen interessant sind, sondern wir haben zu einigen ein über Jahre aufgebautes sehr enges Vertrauensverhältnis. Wenn wir dann, beispielsweise, zum Debattierclub einladen, dann ist es vor allem das gemeinschaftliche Gefühl, das Türen öffnet, dann ist es die Sicherheit im Hüfnerhaus, die die Frauen bereits erfahren haben, die es ermöglicht, dass wir auch über politische Fragen sprechen. Das Thema steht nicht im Zentrum. Und ich glaube, die Motivation zur Teilnahme geht nicht vom Thema aus, sondern die Frauen kommen, weil sie wissen, da sind auch andere Frauen und weil sie gute Erfahrungen gemacht haben. Wir kennen uns und wir treffen uns mal wieder. Dann machen wir etwas zusammen und sprechen dann über Familie, die Rolle der Frau in der Familie. Aber wenn das unbekannte Menschen wären und ich würde einen Flyer machen und die Themen A, B oder C aufführen, dann würde ich damit niemanden erreichen. Wenn Vertrauen und Respekt garantiert sind, ist es sekundär, was wir für ein Thema behandeln.“¹⁴

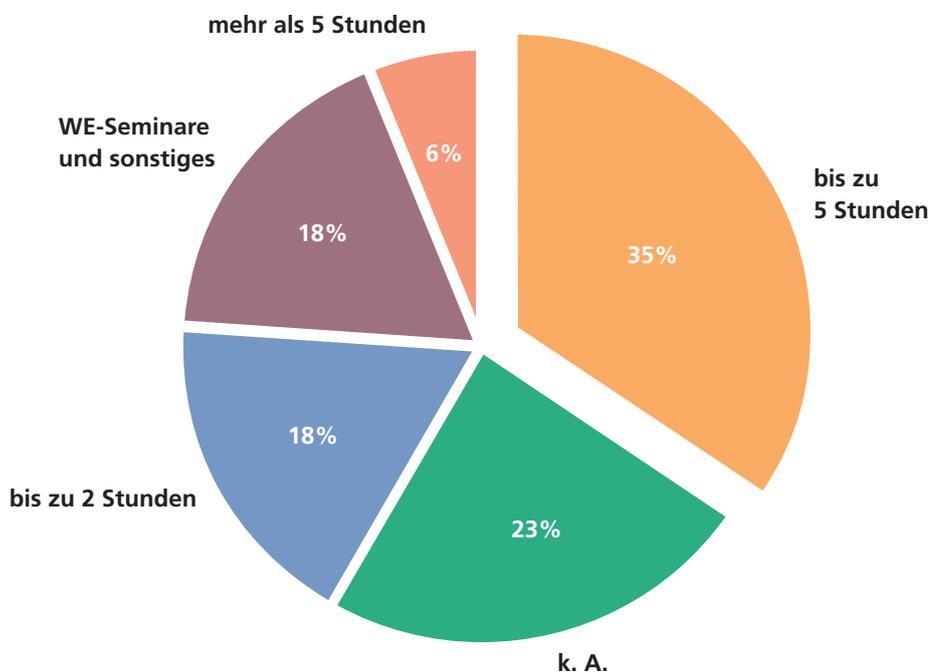
„Wir geben dem Aufbau einer guten Beziehung sehr viel Zeit und deshalb sind wir auch insgesamt 20 Stunden mit den Teilnehmenden zusammen. Manchmal auch mehr. Man braucht Zeit. Es hat nicht viel Sinn, für drei Stunden vorbeizukommen. Man muss eine Beziehung mit den Teilnehmenden aufbauen und dafür braucht man Zeit.“¹⁵

Die Antworten des Online-Fragebogens ergeben ein interessantes Bild. Der Großteil der einzelnen Veranstaltungen findet in einem zeitlichen Rahmen von zwei bis zu fünf Stunden statt (vgl. Abbildung 5). Dieses Format scheint sich über die Zeit hinweg bewährt zu haben und erweist sich auch gegenwärtig als das vorherrschende. Gleichzeitig erfordern Veränderungen der Lebenssituation der potenziellen oder realen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen flexibleren Umgang mit den Veranstaltungsformaten, wie öfters zum Ausdruck gebracht wurde. So bemerkte beispielsweise der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der *Stiftung für Engagement und Bildung e. V.*:

¹⁴ Telefoninterview mit Sonja Palfner, Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow, 10. Mai 2021.

¹⁵ Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021.

Abbildung 5

Dauer der angebotenen Veranstaltungen

Quelle: Onlinebefragung 2021

„Eine Beobachtung ist mir sehr wichtig. Früher haben wir versucht, lange Zeiträume zu bedienen, also Projekte über ein Jahr zu machen oder so ähnlich. Das machen wir nicht mehr. Unsere politische Bildungsarbeit ‚versteckt‘ sich in der Integrationsarbeit, wie etwa den Nachbarschaftsprojekten. In diesem Kontext entstehen dann Workshops zu Fragen der Demokratie, zu politischen Parteien, zu kommunaler Verwaltung usw.

Wir mussten aber feststellen, eigentlich erfreulicherweise feststellen, dass viele einen Job bekommen haben. Der Job geht dann von Tag- auf Nachtschicht. Oder eine Wohnung. Man nimmt die Wohnung, die man bekommen kann, und der zieht man sozusagen hinterher. Langfristige Projekte sahen sich mit diesen Veränderungen konfrontiert. Es wird schwierig, wenn Maßnahmen aufeinander aufbauen, aber die Teilnehmenden nach drei Monaten weg sind. Die Empfehlung, die wir daraus abgeleitet haben und die unsere jetzige Arbeit bestimmt, ist auf Laufzeiten von zwei bis drei Monaten zu orientieren. Oder eben komplett offene Angebote.“¹⁶

¹⁶ Telefoninterview mit Daniel Smith, Stiftung für Engagement und Bildung e. V., 18. Mai 2021.

Geschlecht

Den Angaben der Onlineumfrage zufolge wurden fast zwei Drittel aller Veranstaltungen mit gemischtgeschlechtlichen Gruppen durchgeführt, d.h. Frauen und Männer wurden gleichermaßen durch die Einladungen angesprochen und nahmen an den Veranstaltungen teil (vgl. Abbildung 6). Zum jeweiligen Anteil der Geschlechter in diesen Veranstaltungen lassen sich keine konkreten Aussagen machen, da keine detaillierten Angaben vorlagen. Auf die Aussagen der interviewten Personen stützend, kann dennoch davon ausgegangen werden, dass in diesen Veranstaltungen die Zahl der Männer deutlich überwog.

In den Interviews wurde häufig betont, dass die Trägereinrichtungen im Verlauf der vergangenen Jahre bezüglich der genderspezifischen Gestaltung von politischen Bildungsformaten vielfach einen Lernprozess durchmachen und die konkrete Programmgestaltung anpassen mussten:

„Am Anfang hatten wir die Idee, wir bringen Männer und Frauen zusammen, weil wir hier in einer emanzipierten Gesellschaft leben. Wir machen keine separaten Gruppen von Männern und Frauen, wie wir auch Gruppen mit unterschiedlichen Nationalitäten zusammenbringen. Aber wir haben dennoch bemerkt, dass es für bestimmte Frauen sehr schwierig ist, sich zu äußern, wenn auch die Männer dabei sind. Wir haben also Frauengruppen gebildet und mussten feststellen, dass die Frauen viel weniger Gelegenheit hatten, Deutsch zu lernen. Da muss man andere Techniken nutzen, um die Frauen zu erreichen, etwa Theater, und die Möglichkeit bieten, sich auch auf andere Weise zu äußern.“¹⁷

„In dieser Gemengelage ist bei den Frauen noch einmal besonders zu beachten, dass sie eingebunden sind, ich sage es zugespitzt, in Haus, in Küche, am Herd. Also Geschlechterstereotype, Rollenbilder und familiäre Arbeitsteilung behindern die Frauen. Die alltäglichen Aufgaben schränken Frauen ein und ermöglichen es ihnen nicht, an diesen Formaten teilzunehmen oder Interesse an politischen Auseinandersetzungen zu entwickeln.“¹⁸

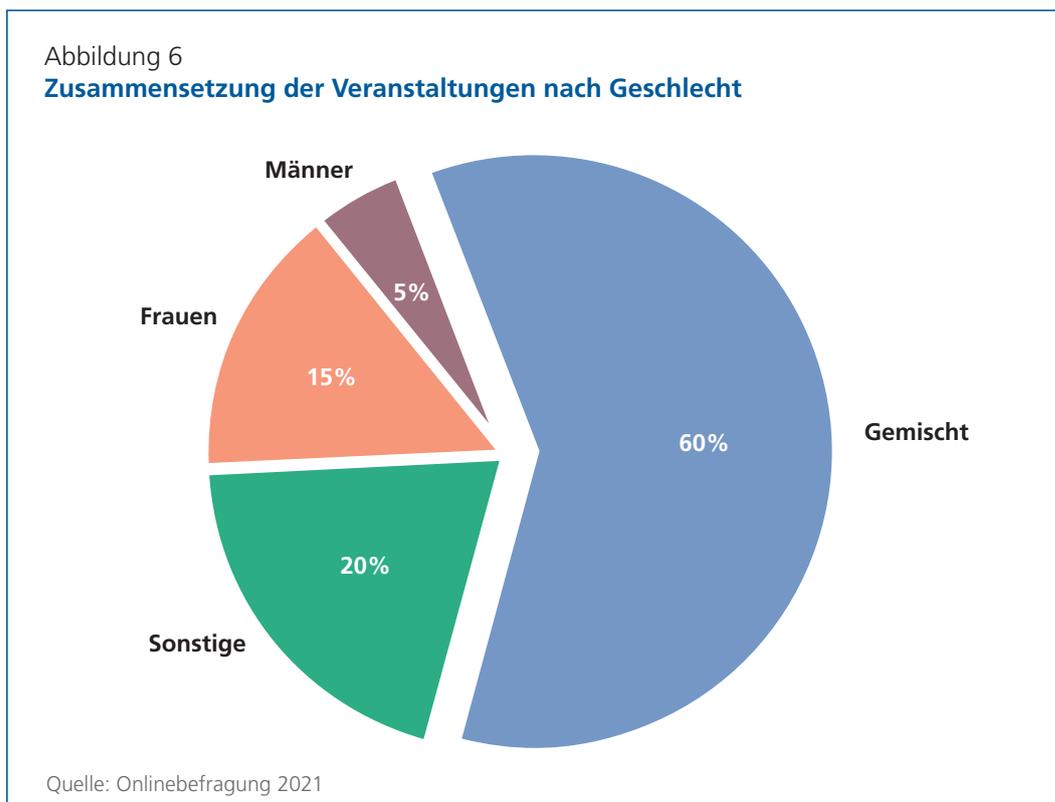
Aus den oben genannten Gründen wurde ein Teil der Veranstaltungen nur für Frauen konzipiert bzw. es wurden, in Übereinstimmung mit der lebensweltlichen Situation der betroffenen Frauen, gesonderte Veranstaltungen für sie organisiert.¹⁹

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Variable „Soziokulturelles Herkunftsmilieu“ stärker bei der Planung von Veranstaltungen und deren Inhalten stärker in Betracht zu ziehen, um nicht pauschalisierende Genderstereotype und generalisierende Kultur- bzw. Religionsklischees zu re-

¹⁷ Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021.

¹⁸ Telefoninterview mit Sonja Palfner, Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow, 10. Mai 2021.

¹⁹ Es muss aber auch darauf verwiesen werden, dass die Befragung vereinzelt auch auf gegenteilige Erfahrungen aufmerksam macht. In einem anonymen Kommentar, den eine an der Befragung teilnehmende Person abgegeben hat, heißt es zu den Motiven zur Teilnahme an Veranstaltungen: „[...] einen Ort haben, wo auf Augenhöhe miteinander diskutiert wurde. Eine Frau aus Afghanistan, Analphabetin, ca. 50 Jahre, Mutter einer jungen Frau, kam nur mit, weil sie ihre Tochter nicht allein gehen lassen wollte, hat am Ende gemeint, sie hat das erste Mal mit Männern an einem Tisch gesessen und ihre Meinung hat genauso viel gezählt, wie die der anderen.“ Die Aussage deutet darauf hin, dass die Schaffung einer erlebbaren inklusiven Atmosphäre im Verlauf der Veranstaltungen ebenfalls ein Schlüssel ist, die Beteiligung von Frauen zu ermöglichen und zu motivieren.

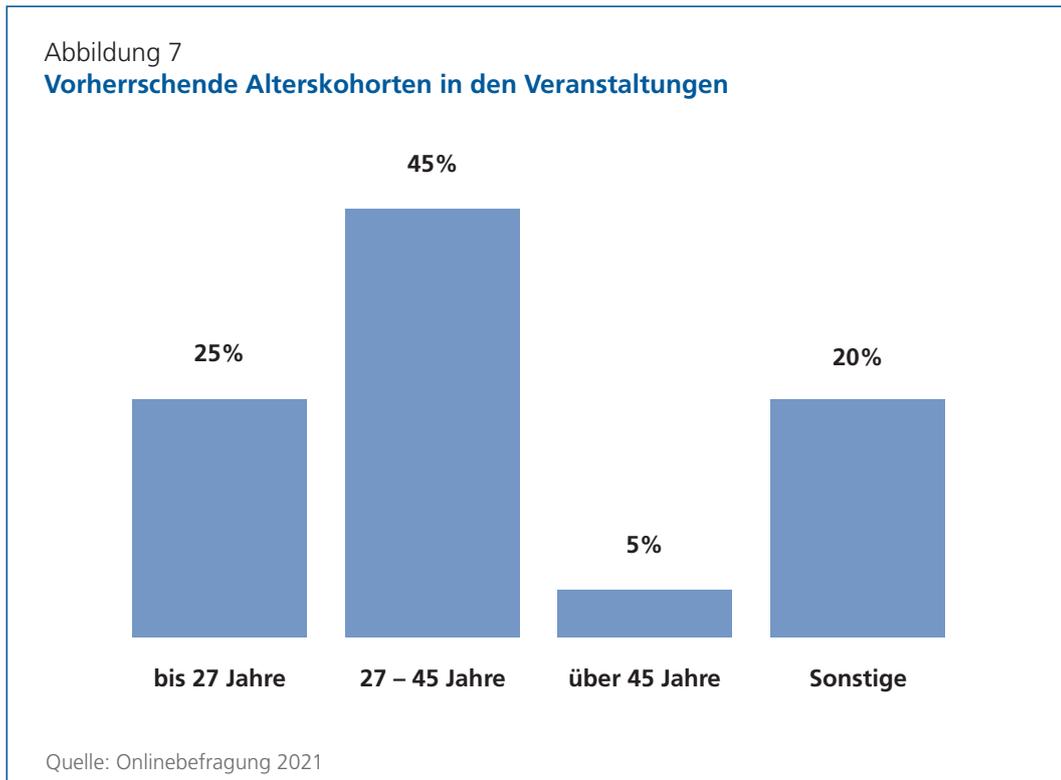


produzieren. Darauf macht der Verantwortliche des Programms „Demokratische Bildung“ in seinem Interview aufmerksam:

„In der Regel waren es immer gemischte Gruppen, mit beiden Geschlechtern. Das hat sich auch nie als ein Problem herausgestellt. Ich meine, es waren überwiegend Syrerinnen und Syrer, gefolgt von Irakerinnen und Irakern, das war die zweitgrößte Gruppe. Das veränderte sich dann später. Das sind eigentlich recht fortschrittliche Gesellschaften. Syrien ist, was die Gleichstellung betrifft, überhaupt nicht vergleichbar mit Staaten wie Saudi-Arabien, beispielsweise. Da liegen Welten dazwischen.“²⁰

Nach Geschlechtern getrennt durchgeführte Veranstaltungen machten ungefähr ein Fünftel aller Veranstaltungen aus. Dabei fällt auf, dass die Zahl der Veranstaltungen, an denen ausschließlich Frauen teilnahmen, deutlich überwog. Nur relativ wenige Maßnahmen waren ausschließlich für Männer konzipiert. Ein weiteres Fünftel wird von den Befragten unter „Sonstige Zusammensetzung“ eingeordnet (vgl. Abbildung 6). Wie die Erläuterungen zu dieser Antwortkategorie belegen, sind damit vor allem Veranstaltungen gemeint, die von jungen Eltern oder von Müttern mit Kindern unterschiedlichen Alters besucht wurden bzw. deren Zusammensetzung sich je nach Thema änderte.

²⁰ Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflichem Politologen und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021.

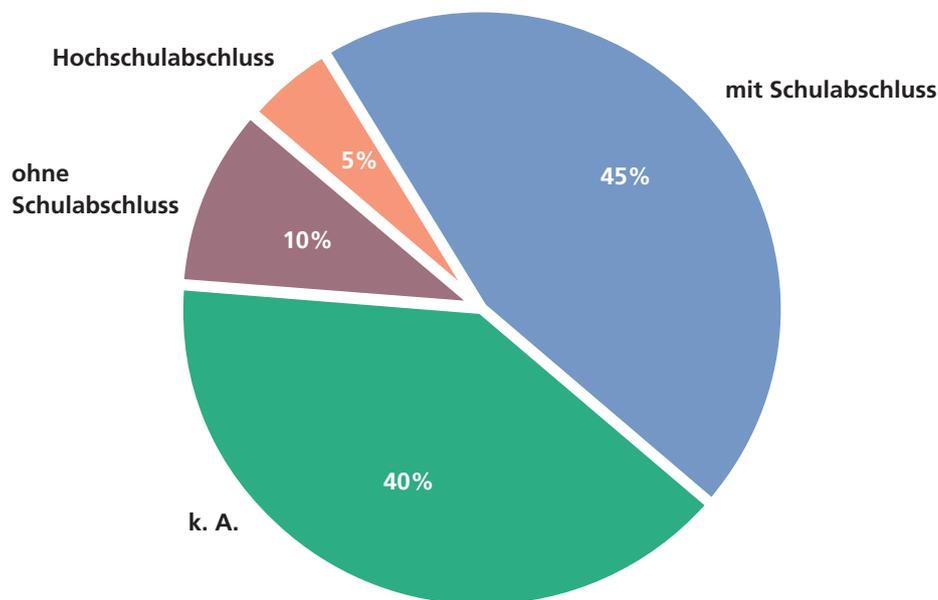


Alter

Die in der Onlinebefragung abgebildete Altersstruktur der an politischen Bildungsmaßnahmen Teilnehmenden ist nicht völlig identisch mit der Altersstruktur der Zielgruppe, wenn davon ausgegangen wird, dass die Mehrheit der Veranstaltungen sich an Geflüchtete wandte. Gegenüber den Angaben des Statistischen Bundesamtes bzw. des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge²¹ verschiebt sich der Altersschwerpunkt der Teilnehmenden im Vergleich zur Gesamtpopulation leicht nach oben. Die Antworten legen daher den Schluss nahe, dass die Veranstaltungen stärker von Personen besucht wurden, die zu diesem Zeitpunkt älter als 27 Jahre waren, und dass die Altersgruppe 28 bis 45 Jahre die Mehrheit der Teilnehmenden bildete (vgl. Abbildung 7). In der Umfrage wurde darüber hinaus das Alter des jüngsten und des ältesten Teilnehmenden abgefragt. Das Alter des jüngsten Erwachsenen wurde mit 18 Jahren angegeben, der älteste Teilnehmende hatte bereits 85 Jahre erreicht.

21 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stellen die Personen zwischen 18 und 30 Jahren die mit Abstand stärkste Alterskohorte unter den erwachsenen Geflüchteten dar. Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/452149/umfrage/asylbewerber-in-deutschland-nach-altersgruppen/> bzw. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-april-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

Abbildung 8

Zusammensetzungen der Veranstaltungen nach Bildungsgrad

Quelle: Onlinebefragung 2021

Bildungsniveau

Die Onlinebefragung gibt einen gewissen Aufschluss²² hinsichtlich des Bildungsniveaus der Veranstaltungsteilnehmer und -nehmerinnen. Den Antworten zufolge kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der Teilnehmenden über eine abgeschlossene Schulbildung verfügte. Am unteren wie am oberen Ende der Bildungsskala wurden jeweils geringe Zahlen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgemacht (vgl. Abbildung 8). Für die Träger der Maßnahmen politischer Bildung stellte das aufgefächerte schulische Qualifikationsniveau keine Schwierigkeit bei der Durchführung der Veranstaltungen dar, wie mehrfach in den Interviews bestätigt wurde.

22 Hier muss zunächst darauf verwiesen werden, dass in der geschlossenen Frage zum Bildungsniveau der Teilnehmenden relativ häufig von der Antwortmöglichkeit „keine Angabe“ Gebrauch gemacht wurde. Auf diese Möglichkeit entfallen ca. 40 Prozent aller Antworten. Dies lässt darauf schließen, dass der Bildungsabschluss der Teilnehmenden nicht explizit erhoben wurde. Daher sind weitere Aussagen zum Bildungsniveau nur mit Einschränkung möglich. Zum Bildungsstand und zur beruflichen Qualifikation der nach 2015 in Deutschland eingereisten Schutzsuchenden liegen keine genauen Angaben vor. Die erstmals 2016 durchgeführte Befragung einer Zufallsstichprobe (N = 4.527) ergab folgendes Bild: „Das im Herkunftsland erworbene schulische und berufliche Bildungsniveau der geflüchteten Männer und Frauen in Deutschland ist stark polarisiert. Einerseits haben 40 Prozent der Geflüchteten (41 Prozent der Männer sowie 38 Prozent der Frauen) eine weiterführende Schule besucht und 35 Prozent haben hier einen Abschluss erworben (35 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen). Andererseits haben rund 12 Prozent der Geflüchteten lediglich eine Grundschule besucht und weitere 13 Prozent (11 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen) gaben an, in ihrem Heimatland keine Schule besucht zu haben. Am anderen Ende des Bildungsspektrums verfügen 11 Prozent der Geflüchteten (10 Prozent der Männer und 13 Prozent der Frauen) über einen (Fach-)Hochschulabschluss oder eine Promotion.“ IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, online verfügbar unter: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2017/fb1317.pdf>.

In der Regel waren diese ohnehin als niedrigschwelliges Angebot konzipiert, in dem Heterogenität zur Ausgangsbedingung des pädagogischen Arrangements gehört und Flexibilität im Einsatz der Methoden bzw. Methodenvielfalt daher selbstverständlich sind.

Motivation

Die Antworten in der Onlinebefragung wie auch die Interviews mit Expertinnen und Experten hinsichtlich der Motivation der Zugewanderten, an den Veranstaltungen teilzunehmen, deuten auf sehr unterschiedliche und zum Teil auch diffuse Beweggründe hin. In aller Vielfalt zeichnet sich jedoch deutlich eine Konstante ab: Die Teilnehmenden verfolgen nicht in erster Linie das Ziel, sich über das politische System und die politischen Zustände in der deutschen Gesellschaft zu informieren oder sich das notwendige Wissen aneignen zu wollen, um an politischen Prozessen mitzuwirken. Für die Mehrheit der Geflüchteten gilt, dass sie vor Unterdrückung, Gewalt und Unfreiheit geflohen sind. Politik verbinden sie daher vielfach mit etwas Bedrohlichem und grundsätzlich Negativem, dem man ausweichen sollte.²³ Vielmehr äußern die an den politischen Bildungsmaßnahmen Teilnehmenden vor allem ein allgemeines Interesse an der sie aufnehmenden Gesellschaft sowie den Wunsch, sich die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, um sich in diese Gesellschaft zu integrieren.²⁴

Die wiedergegebenen Aussagen zur Motivation der Teilnehmenden lauten:

- Informationsbedarf hinsichtlich verschiedener Themen des Aufenthalts, der Schule für Kinder, Ausbildungsmöglichkeiten, Rassismus
- „mal rauskommen“
- Interesse am Austausch mit der deutschen Gesellschaft
- Identitätsfindung in der deutschen Gesellschaft
- Gemeinsame Aktionen, Kontakt, Gestaltung, miteinander sprechen

23 Eine Interviewpartnerin berichtet: „In unserem Debattierclub, das ist ein Format, in dem es um explizit politische Themen geht, sagen die Frauen, sie hassen Politik, sie haben mit Politik nichts am Hut, u. a., weil es in ihren Heimatländern gefährlich war, über Politik zu sprechen. D. h. da ist ein Thema, das mit Angst verknüpft ist. Und alles, was mit negativen Emotionen belastet ist, da brauchen wir nicht in die Neurowissenschaft zu gehen, sondern das sagt schon der gesunde Menschenverstand, ist nicht besonders förderlich. Somit müssen wir anerkennen, dass hier eine Barriere ist. Aber diese Barriere bringen die Frauen aus ihren Herkunftsländern mit.“
Telefoninterview mit Sonja Palfner, Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow, 10. Mai 2021.

24 Aus den Interviews mit den Expertinnen und Experten wird deutlich, dass dieser ausgeprägte Wunsch nachlässt oder gänzlich verschwindet, wenn negative Erfahrungen, insbesondere mit dem Asylverfahren, die Oberhand gewinnen und die Menschen spüren, dass die Möglichkeit der Gestaltung des eigenen Lebens aufgrund struktureller Gegebenheiten eingeschränkt wird bzw. gar nicht gegeben ist: „Menschen haben immer unterschiedliche Motive, sich an unseren Veranstaltungen zu beteiligen, das geht von intellektueller Neugier, anderen Leuten zu begegnen, sich zu integrieren, interessante Gespräche zu führen. Und wir haben beobachtet, dass sich die Motive im Laufe der Zeit auch ändern. Wenn man in Wünsdorf unterwegs ist, wo die Leute relativ kurz da sind, spürt man sehr positive Energie. Ist man in Rangsdorf unterwegs, wo die Menschen schon Jahre sind und viel Zeit verloren haben, ist es schwierig zur Teilnahme und zum Bleiben zu motivieren ... Leute verlieren ihr Interesse und ihre Energie, Deutsch zu lernen, zu arbeiten, aber auch sich für europäischen Auffassungen zu interessieren ... Es ist ja eigentlich normal, dass Menschen, die längere Zeit das Gefühl haben, nicht mitmachen zu dürfen oder zu können, in dieser Situation zurückgreifen auf eine ältere Identität oder eine ältere Identität erfinden, um sich vor einer Gesellschaft zu schützen, die diese Menschen nicht wirklich respektiert.“
Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021.

- Kommunikation über alltägliche Erfahrungen, Sorgen, Wünsche
- Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft
- Kontakt mit anderen Familien mit der gleichen Muttersprache
- Bedarf an Informationen und Beratung zu alltäglichen Problemen
- Generelles Interesse an Teilhabe an der Gesellschaft
- Ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung setzen
- Wunsch nach Empowerment
- Informationen über Deutschland, die Rechte und Pflichten
- Kennenlernen neuer Freunde bzw. des Sozialraumes
- Gespräche mit Menschen, denen es ähnlich geht
- Einen Ort haben, wo auf Augenhöhe miteinander diskutiert wird
- Sich mit anderen treffen, denen es ähnlich geht, sich austauschen, bestärken und loslassen können (den Stress, die Angst, den Zwang, die Sorgen)
- Frauen und Mädchen ohne ihre Männer/Väter/Brüder sein können
- Erlernen der Sprache
- Interesse, mehr über das Leben in Deutschland zu erfahren, wie es andere geschafft haben, hier Fuß zu fassen

Einige Träger von Maßnahmen politischer Bildung adressieren ihre Angebote mit Hinblick auf die vorwiegend sozialen und kommunikativen Bedürfnisse der potenziellen Teilnehmenden. Die politischen Inhalte werden gewissermaßen als Beipack mitgeliefert und von den Teilnehmenden als solcher akzeptiert. Erst im Verlauf der Veranstaltungen bzw. der Veranstaltungsreihe gelingt es, bei den Teilnehmenden ein mehr oder weniger ausgeprägtes Interesse an den Prinzipien unserer pluralistischen Gesellschaft auszubilden. Dazu bemerkt eine Interviewpartnerin:

„Darauf aufbauend haben wir zu Beginn des Projekts in Ideenwerkstätten (mit den potenziellen Teilnehmerinnen – Anmerkung des Autors) versucht herauszufinden, was die Frauen interessieren könnte. Und da sind dann, wen wundert es, Themen aufgetaucht, die ganz nah an der Lebenswelt der Frauen sind, wir möchten gern Fahrradfahren lernen, wir möchten Zugang zu Sprache haben. Sodass wir, *bottom up*, geschaut haben, wo wir uns treffen können, um diesen Dialog über Demokratie zu beginnen, und gleichzeitig die Frauen da abzuholen, wo sie stehen.“²⁵

25 Telefoninterview mit Sonja Palfner, Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow, 10. Mai 2021.

Themenfindung, Themenkanon und blinde Flecken

Die vielgestaltige Trägerlandschaft in Brandenburg hat eine beachtliche Vielfalt der Angebote, Zugangswege und letztlich der bearbeiteten Themen hervorgebracht. Dabei gibt es zwei Wege, die Themen zu finden, die in den Veranstaltungen behandelt und diskutiert werden. Zunächst identifizieren die Umfrageergebnisse eine Vorgehensweise, die geeignete Inhalte gewissermaßen aus den Förderbedingungen, den Zielsetzungen des Trägers und seiner bisherigen Arbeit ableitet und diese den Teilnehmenden vorschlägt:

„Die Grundthemen ergeben sich aus den Erfordernissen der Integration. Hier geht es vor allem um demokratische Elementarbildung, also wie funktioniert Demokratie hier, und daraus ergeben sich verschiedene Aspekte.“²⁶

„In der Regel bearbeiten wir um die zehn Themen, für die jeweils drei Stunden gerechnet werden. Die Themen sind etwa Demokratie, Zivilgesellschaft, Pluralismus, Identität, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus. Wir reden über Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, über Homosexualität. Wir reden über Integration; was verstehen die Leute unter Integration, was denken die Leute darüber, was von ihnen erwartet wird. Wir reden auch über Ängste; wovor hat man Angst in Bezug auf das Leben in der deutschen Gesellschaft, in der europäischen Gesellschaft. Was denken die Leute, welche Ängste in der deutschen Gesellschaft in Bezug auf die Migranten existieren ... Es ist irrelevant, wo man in diesen Gesprächen anfängt, weil am Ende verbinden sich all diese Themen miteinander und entwickeln in diesem Zusammenhang fast so etwas wie eine Weltanschauung. Ein problematisches Thema, und deshalb sollte es unbedingt besprochen werden, ist Homosexualität. Das ist mit einigen Gruppen sehr schwierig, was auch gesagt werden muss, mit anderen weniger. Das war manchmal ein Problem. Andere Themen eigentlich nicht.“²⁷

Konzeptionell wie *a posteriori* ist es den Trägern, die auf diese Weise vorgehen, überaus wichtig, dass die Teilnehmenden in dem vorgegebenen thematischen Rahmen eigene Vorschläge zur Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der jeweiligen Veranstaltungen einbringen. Dabei können die gemachten Vorschläge, wie die Äußerungen in den Interviews belegen, durchaus dazu führen, dass der vorgegebene Rahmen verlassen wird.

²⁶ Telefoninterview mit Kilian Kindelberger, BBAG, 17. Juni 2021.

²⁷ Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021.

Die zweite Vorgehensweise orientiert sich wesentlich stärker an den aktuellen Bedürfnissen der potenziellen Teilnehmenden, die oftmals in anderen Zusammenhängen oder in Vorgesprächen mit Kooperationspartnern bzw. den potenziellen Teilnehmenden geäußert bzw. identifiziert wurden, und adressiert entsprechende Angebote. Stellvertretend äußert die verantwortliche Projektleiterin bei der Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e. V.:

„Bei uns ergeben sich die Themen häufig aus den Seminaren (zur Arbeitsmarktintegration – Anmerkung des Autors), da gibt es Anmerkungen oder auch Kritiken, eben Anregungen, die wir aufgreifen. Oder auch aus den Bedarfen, die wir in der gesamten Arbeit feststellen. So wird ein Angebot unterbreitet und dann sieht man ja, ob es angenommen, ob es aufgegriffen wird. Und dann hört man in den Gesprächen, wir hätten gern noch mehr dazu...“²⁸

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Vorgehensweise bei der Themenfindung die erfolgversprechendere sei. Für beide finden sich gute Argumente. Eine abschließende Antwort kann aus den erhobenen Daten nicht abgeleitet werden. Der wesentliche Grund dafür ist: So gut wie alle Träger geben zwar an, dass sie über geeignete Instrumente der Untersuchung und Bewertung der Leistungen und Ergebnisse der politischen Bildungsarbeit verfügen sowie entsprechende Evaluierungen vorliegen. Die konkrete Erfolgsmessung ist zugestandenermaßen eine Herausforderung für alle Träger und ein weiterhin andauernder Lernprozess. So hat sich auch 2021 noch kein „verbindlicher Königsweg“ für die Erfolgskontrolle in Brandenburg etabliert bzw. wird nicht systematisch angewandt. Die Antworten aus den Interviews legen den Schluss nahe, dass Instrumente und Maßnahmen, bei denen die Qualität und die Wirksamkeit der politischen Bildung im Vordergrund stehen, nur selten angewandt werden und deren Ergebnisse daher kaum in die Gestaltung der Maßnahmen einfließen.

Aufgrund der entsprechenden Antworten in der Onlinebefragung kann der Eindruck entstehen, dass pauschalisierende Einschätzungen vorgenommen werden, wenn es darum geht, den Erfolg der jeweiligen Maßnahmen zu beschreiben. Es finden sich dabei vorwiegend solche Äußerungen:²⁹

„Ein Großteil der Maßnahmen war sehr erfolgreich. Die Veranstaltungen wurden gut besucht, mit großem Interesse angenommen und es entstanden gute Gespräche, wertvoller Austausch, Informationsvermittlung und oft auch nachhaltige Effekte (wie z. B. Interesse an weiteren Veranstaltungen oder Vernetzung).“

„Menschen Mut gemacht zu haben und Menschen angeregt zu haben, vieles zu hinterfragen und sich auch mit schwierigen Dingen auseinanderzusetzen und sich dem zu stellen.“

Davon hebt sich nur ein Kommentar deutlich ab und geht stärker auf die erreichten Wirkungen und die Nachbearbeitung der Veranstaltungen ein:

²⁸ Telefoninterview mit Monika Kadur, BBAG, 17. Juni 2021.

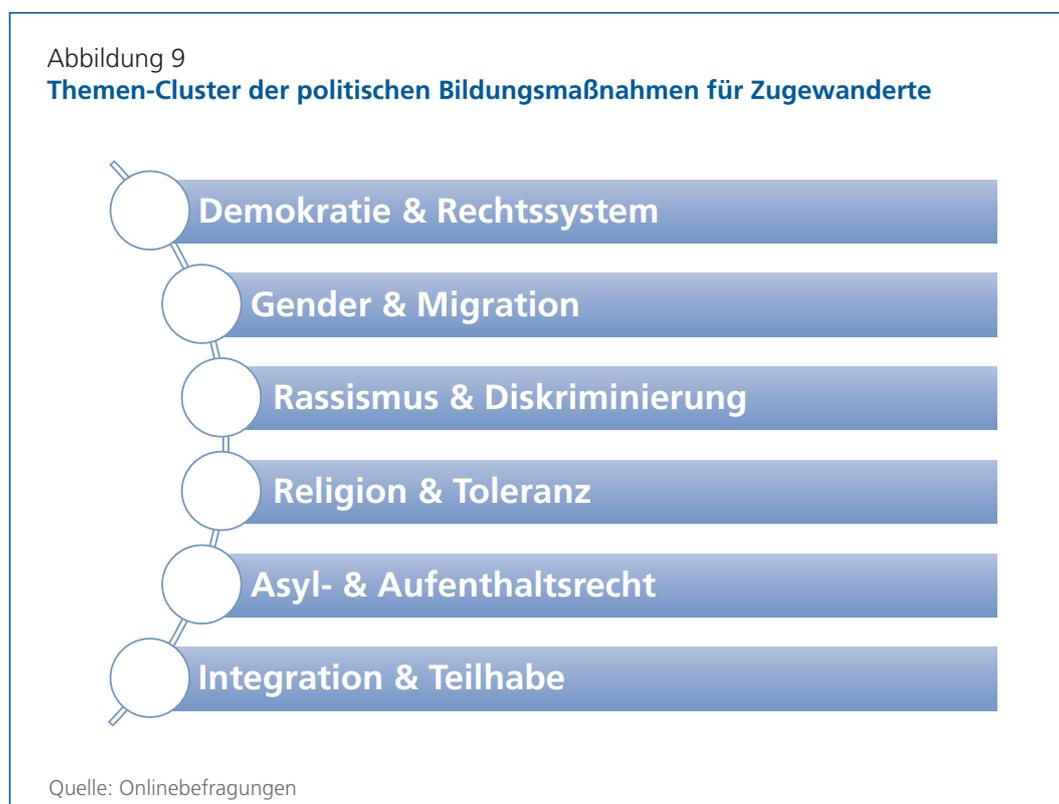
²⁹ An dieser Stelle werden Kommentare aus der Onlinebefragung wörtlich wiedergegeben. Aufgrund der Anonymität der Befragung lassen sich diese keinem Träger zuordnen.

„Die Grundidee und der Wunsch, die Workshop-TeilnehmerInnen zum kritischen Hinterfragen der bisher vorhandenen Ansichten, Vorstellungen und des Handelns nach erlernten Normen und Werten anzuregen, konnte bis auf wenige Ausnahmefälle umgesetzt werden. Im Laufe der einzelnen Workshops, insbesondere im Verlauf vom ersten zum zweiten Treffen mit den TeilnehmerInnen, konnte eine Offenheit und der Zugang zu bereits vorhandenen Emotionen erreicht werden. Die Ziele, Themen und Problematiken aus dem Alltag, mithilfe der dargebotenen Rollenspiele, konnten von einer zunächst fiktiven Darstellung zu einem Austausch über die reale Situation der einzelnen TeilnehmerInnen überführt werden.

Die zunehmende Öffnung und die Bereitschaft, von den eigenen Erfahrungen und den damit verknüpften Emotionen zu berichten, war sehr eindrücklich zu sehen.

Die im Verlauf zu beobachtende Verwandlung der Meinungen von einer unreflektierten Zustimmung hin zu einer kritischen Auseinandersetzung und der Einsicht, die eigene Zukunft selbst in den Händen zu haben, wurde auch im Nachgang von der betreuenden Schulfamilie (Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Schulleitung etc.) bestätigt.“³⁰

Aus der Online-Umfrage (und den Interviews) ergab sich ein breit gefächertes Themenkatalog, der in den Veranstaltungen der vergangenen Jahre bearbeitet wurde. Die folgende Grafik versucht die Vielzahl der angegebenen Themen in Clustern anzuordnen und zusammenzufassen (vgl. Abbildung 9).



³⁰ Telefoninterview mit Beatrice Mansour, MIND prevention, 27. Mai 2021.

Die Befragten und die interviewten Personen gaben an, dass es keine Themen gab, die nicht behandelt werden konnten. Zweifellos mussten pädagogische Herausforderungen gemeistert werden, damit sehr kontroverse Debatten „nicht aus dem Ruder liefen“ und sie bei aller Hitze in der Auseinandersetzung einen produktiven Verlauf nehmen konnten. Von einzelnen Personen abgesehen haben sich die Teilnehmenden keinem Thema verweigert und das pädagogische Personal der Träger war in der Lage, auch in schwierigen Situationen die Kommunikation sowie eine Atmosphäre des gegenseitigen Respektes zu erhalten und sogar auszubauen sowie insgesamt die vertrauensvolle Beziehung zu den Teilnehmenden zu stärken. Der Leiter einer Workshop-Reihe führt dazu aus:

„Es war anfangs meine Befürchtung, dass es mit bestimmten Themen schwer werden würde, zumal wir auch nicht wissen konnten, aus welchen politischen Lagern die Teilnehmenden stammten. Schnell hat sich aber herausgestellt, dass die Seminare dazu beigetragen haben, dass die Teilnehmenden sich geöffnet haben. Natürlich kamen auch immer wieder Situationen auf, in denen es zu Disputen kam. Auch mal einen wilden Dialog. Aber das gehört dazu. Insofern würde ich sagen, es gab eigentlich keine Bereiche, die Tabu waren. So konnten wir über alles sprechen. Sicher, es nahmen Personen teil, die auch mal schwierige Äußerungen formuliert haben. Diese sind im Vergleich zur angestammten Bevölkerung der Bundesrepublik nicht überproportional häufiger aufgetreten.“³¹

Mit den einzelnen Themen bzw. der Vielfalt der Themen verknüpft ist eine Reihe von theoretischen Fragen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, weil ihre Diskussion den Rahmen dieser Studie sprengen würde.³² Im Folgenden wird auf drei Fragestellungen aufmerksam gemacht werden, die es gilt, in der zukünftigen Arbeit unter inhaltlichen wie methodischen Gesichtspunkten stärker zu berücksichtigen. Davon wird die Themenwahl, der Verlauf der Veranstaltungen und das Erreichen der gesteckten pädagogischen Ziele in den kommenden Jahren entscheidend abhängen.

Zu den Zielen der Bildungsarbeit ihres Vereins führt eine Interviewpartnerin aus:

„Wir klären auf, warum eine aktive Teilhabe in und an der deutschen Gesellschaft so wichtig ist. Wir sind selbst Migranten, wir haben selbst Erfahrungen mit Diskriminierung, aber wir zeigen, was es heißt, ein Teil dieser Gesellschaft zu sein, und das mit Stolz und nicht nur als Opferrolle oder in der Rolle des Hilfsbedürftigen. Wir zeigen, was es für Möglichkeiten in diesem Land gibt. 99 Prozent der Teilnehmer kommen aus autoritären Ländern und daher ist es wichtig,

³¹ Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflicher Politologe und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021.

³² An dieser Stelle soll nicht die akademische Diskussion zu den Inhalten und Geltungsbereichen jeweiliger demokratischer Grundnormen unserer Gesellschaft referiert werden. Es fällt aber bereits in dieser kleinen empirisch angelegten Studie auf, dass es unter den befragten Trägern der politischen Bildung im Land Brandenburg keinesfalls als ausgemacht gelten kann, was genau unter grundsätzlichen Normen zu verstehen sei. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft an sich nicht verwunderlich, ja eher schon konstitutiv, und die entsprechenden Inhalte bzw. Interpretationen sind Gegenstand politischer Auseinandersetzung. Dennoch lässt sich nicht von der Hand weisen, dass das allgegenwärtige Beziehen auf diese „ungeklärten“ Grundnormen für die Praxis der politischen Bildung von schwerwiegender Bedeutung ist und den Horizont des intendierten demokratischen Handelns erheblich beeinflussen kann.

dass die Teilnehmer nicht nur verstehen, was heißt Demokratie, sondern sie müssen fühlen, was Demokratie heißt. Sie müssen es erfahren.“³³

Diesem eindringlichen Appell für das zivilgesellschaftliche Engagement von Zugewanderten liegt die folgende Gleichung zugrunde und unterstellt deren fortwährende Gültigkeit: Ehrenamtliches Engagement ist demokratiebildend (aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive wie auch aus individueller Perspektive) und ermöglicht selbstbestimmte Teilhabe, daher geht vom Engagement eine hohe Integrationswirkung aus. Wer die Richtigkeit dieses Satzes akzeptiert, muss jedoch zugleich seinen Geltungsbereich und die damit verbundenen eventuellen Einschränkungen anerkennen und thematisieren. Für die hauptsächliche Zielgruppe der politischen Bildung in Brandenburg bedeutet dies, dass a) nicht jedem Geflüchteten ein Engagement gleichermaßen zugänglich und möglich ist und b) teilhabeförderndes Engagement in Teilen durch alltägliche, gesellschaftliche und institutionelle, eben auch staatlich verordnete Begrenzungen, Einschränkungen und Vernachlässigungen unterbunden oder zumindest behindert wird.³⁴

In diesem Sinn reproduziert politische Bildung beständig ein Spannungsfeld, dessen Pole einerseits die vorherrschenden humanistischen und demokratischen Ideale in unserer Gesellschaft sowie andererseits die alltäglichen Verunmöglichungen von Teilhabe und die konkrete Handlungs-ohnmacht vieler Geflüchteter darstellen. Von konkreten Erfahrungen ausgehend, beschreibt ein Interviewpartner diesen Konflikt folgendermaßen:

„Der wichtigste Punkt aber ist, wenn das anvisierte Ziel nicht mit der eigenen Realität übereinstimmt. Ich muss es mal praktisch sagen: Wenn Menschen immer im System der Duldung festhängen, im Grunde genommen ihr eigenes Leben in diesem Land nicht richtig gestalten können, weil sie abgelehnt werden, und sich gleichzeitig für ein Land engagieren sollen, dann erleben sie sehr deutlich diesen Widerspruch. Und das führt dann auch zu einer Weigerung. Warum soll ich mich für ein demokratisches System starkmachen, für ein System der Menschenrechte, wenn mir diese Rechte nicht gewährt werden? Mir hat einer klar gesagt, dass er in seiner Community belacht wird, dass er sich so engagiert, etwa in diesem Leitungsteam, und lebt immer noch mit einer Duldung.“³⁵

Jenseits von moralisierenden Appellen findet sich aus diesem „unverschuldeten“ Dilemma letztlich nur ein Ausweg, der dem Selbstverständnis der politischen Bildung, ihren Zielen und den demokratischen Grundrechten und Menschenrechtsnormen gleichermaßen verpflichtet ist: dieses Spannungsfeld in den Veranstaltungen in geeigneter Weise zu thematisieren und letztlich die Teil-

33 Telefoninterview mit Diana Sandler, Jüdische Gemeinde des Landkreises Barnim e. V., 29. April 2021.

34 Wenn eine empirische Studie des BAMF in Bezug auf die Teilnahme und Motivationslagen in den Integrationskursen zu folgender Feststellung gelangt, so ist diese unbedenklich auf andere Aspekte des Alltags von Geflüchteten übertragbar: „Ungelöste Probleme und ungedeckte Hilfebedarfe der geflüchteten Integrationskursteilnehmenden wirken sich häufig negativ auf den Spracherwerb im Integrationskurs aus. Sie äußern sich durch Ablenkung, Konzentrationsstörungen und Motivationsverlust und können das vorzeitige Verlassen des Integrationskurses begünstigen.“ — Anna Tissot, Johannes Croisier, Problemlagen geflüchteter Integrationskursteilnehmender. Bedarfe und Nutzung von Migrationsberatungsangeboten, in: BAMF-Kurzanalyse, Ausgabe 3/2020, online verfügbar unter: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse3-2020-problemlagen-integrationskursteilnehmende.html?nn=404000>.

35 Telefoninterview mit Bernhard Fricke, Flüchtlingsarbeit Ev. Kirchenkreis Potsdam, 27. April 2021.

nehmenden zu befähigen, mit diesen realen Konflikten der Einwanderungsgesellschaft umzugehen. Damit wird den Teilnehmenden eine nicht leichte Aufgabe übergeben, zu der sie bereit sein müssen und bei deren Bewältigung sie zielsicher durch die politischen Bildungsmaßnahmen begleitet und unterstützt werden müssen. Dann wird es den Teilnehmenden gelingen, die eigene Situation zu reflektieren und selbstbestimmt sowie in eigener Verantwortung den „Katzentisch“ zu verlassen, um die Angemessenheit und die Legitimität der staatlich verordneten Einschränkungen infrage zu stellen und auf politische Prozesse einzuwirken.

Die Untersuchungsergebnisse lassen erkennen, dass von den unterschiedlichen Aktivitäten der politischen Bildung im Land Brandenburg nur wenige Impulse ausgingen, die in Prozesse der Selbstorganisation münden und somit weitergehende Ziele politischer Teilhabe verkörpern. In den meisten berichteten Fällen überschritten die Ergebnisse der Workshops, Seminare und sonstiger Veranstaltungen gewissermaßen nicht die intellektuelle Ebene. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Feststellung in einer Unschärfe des Untersuchungsdesigns begründet ist, da Aktivitäten der Selbstorganisation nicht explizit abgefragt wurden. Die auffallende Tatsache, dass in den Gesprächen mit Expertinnen und Experten relativ wenig von eigenständigen organisatorischen Aktivitäten der Teilnehmenden im Kontext der politischen Bildungsmaßnahmen oder als deren Ergebnis berichtet wurde, kann nicht allein auf die Besonderheiten der Teilnehmenden und den eventuellen Veränderungen ihrer Lebenssituation zurückgeführt werden. Vielmehr muss die Erklärung auch in den Priorisierungen seitens der Träger³⁶ hinsichtlich der Selbstermächtigung, Selbstorganisation und der politischen Teilhabe der Zielgruppe gesucht werden.

Eine weitere Fragestellung ergibt sich aus der herausragenden Stellung der Medien. Sie beeinflussen unser Wissen über die Welt, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Verbreitungsmechanismen der Medien und die mediale Wirkungsweise sind in unserer Zeit der digitalen Transformationen selbst starken Veränderungen unterworfen. Angesichts der immensen Vielfalt der Informationsangebote in der digitalen Mediengesellschaft ist es leicht, die Orientierung zu verlieren und Opfer von Desinformationen zu werden. Mehr denn je sind daher medienkundliches Wissen, neue Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien, medienkritisches Denken und medienpolitische Urteilsbildung die unerlässlichen Bausteine, die politische Bildung im Alltag liefern muss. Mediale Bildung einschließlich digitaler „Alphabetisierung“ ist für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unerlässlich für den Erhalt und den Ausbau ihrer politischen Urteilsfähigkeit und ihrer Handlungskompetenzen. Und auch für Zugewanderte gilt, dass Medienkompetenz ein Schlüssel für mehr Teilhabe und Selbstbestimmung ist.

In Anbetracht der Bedeutung von Medienkompetenz fällt auf, dass die Befragungsergebnisse ein erhebliches Defizit bei ihrer Förderung der in Brandenburg lebenden Zugewanderten aufweisen. Keiner der an der Untersuchung beteiligten Träger erwähnte, dass die durchgeführten Aktivitäten zum Ziel hatten, die politische Medienkompetenz der Teilnehmenden zu entwickeln und der Herausbildung eines „medialen Prekariats“ oder eines „Satellitenschüssel-Weltbilds“ entgegenzuwirken.

36 Im Rahmen dieser explorativen Studie besteht weder der Raum noch die Möglichkeit, Fragen weiter zu vertiefen und zu untersuchen, wie Bildungsangebote, die vor allem darauf setzen, die „hiesigen Spielregeln“ nahezubringen, dazu beitragen können, die „Abnehmerinnen und Abnehmer“ eher zu passivieren, anstatt ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, gestaltend an der Gesellschaft teilzuhaben.

Zugangsbarrieren für politische Bildungsmaßnahmen und Strategien im Umgang mit diesen Barrieren

Die Träger der politischen Bildungsarbeit in Brandenburg sind weit davon entfernt, die im Bundesland lebenden Zugewanderten auch nur annähernd zu erreichen. Dieser hier und da mal zaghaft, mal energisch geäußerte Wunsch ist bisher nicht in Erfüllung gegangen; zu heterogen ist diese Zielgruppe, zu unterschiedlich sind die Milieus der einzelnen Zuwanderergruppen, zu verschieden ihre Bedürfnisse und Interessen in Bezug auf politische Bildung, zu begrenzt die Kapazitäten der verschiedenen Träger, um ein vielfältiges Angebot auch in den Regionen des Landes Brandenburg vorzuhalten. Zwar hat sich, wie bereits weiter oben ausgeführt, die Zahl der Angebote der politischen Bildung drastisch erhöht. Doch damit wurden in den vergangenen Jahren vor allem Geflüchtete erreicht. In Anbetracht dieser Situation unterstreichen die Träger die Notwendigkeit weiterer und vor allem verstetigter Angebote.

Zugleich machen sie darauf aufmerksam, dass die bestehenden Kapazitäten bzw. Angebote nicht immer vollständig ausgelastet seien bzw. bestimmte adressierte Personengruppen nicht in dem anvisierten Maß an den Veranstaltungen teilnahmen. Das deutet auf Barrieren in Bezug auf den Zugang bzw. die Erreichbarkeit der Angebote hin. Die Gründe, die Zugewanderte davon abhalten, an Maßnahmen der politischen Bildung teilzunehmen, sind vielfältig, oft miteinander verschränkt und manchmal auch diffus.

Unter dem Begriff „Zugangsbarrieren“ wird eine Reihe von Phänomenen bzw. Faktoren abgebildet und zusammengefasst. Dazu gehören unzureichende Kanäle der Kommunikation in die Zielgruppe, was es erschwert, die Informationen über die Angebote, deren Inhalte und Ziele zu platzieren.³⁷ Weiterhin zählt dazu eine Angebotsgestaltung, die nicht oder nur bedingt an die Bedürfnisse der adressierten Personen angepasst ist, oder die durch eher „verschließende“, oft unbewusst wirkende Mechanismen – z. B. Sprache, defizitorientiertes und/oder differenzbetontes Handeln – die Teilnahmebereitschaft und die Lerndispositionen ungünstig beeinflusst. Hinzu kommen außerdem jene Faktoren, die eher nicht im Verantwortungsbereich der Träger zu suchen sind und die durch gesellschaftliche Zustände hervorgebracht werden oder von individuellen Eigenschaften/Dispositionen der potenziellen Teilnehmenden abhängen.

37 Eine der Interviewpartnerinnen äußerte in diesem Zusammenhang: „Es hat sich als schwierig herausgestellt, Menschen einzuladen, Kontakte aufzubauen, um die Zielgruppe zu erreichen. Eben aus der Blase von Menschen herauszukommen, die eh schon positiv gestimmt sind, die sich engagieren ... Die Alltagsgestaltung ist so unterschiedlich, deshalb sind auch Erwartungshaltungen ganz anders, als wir es manchmal vermuten.“
Telefoninterview mit Marie Offermanns, Stiftung für Engagement und Bildung e.V., 18. Mai 2021.

Im Folgenden wird nicht das gesamte Geflecht der Faktoren, die die Zugänge erschweren, in seiner Komplexität und Vielfalt ins Blickfeld genommen, sondern es werden ausschließlich die Faktoren beleuchtet, die von den Expertinnen und Experten hervorgehoben wurden, sowie Strategien vorgestellt, die sich in der Minimierung der einschränkenden Wirkung bewährt haben.

In der Onlinebefragung und in den Interviews wird vor allem die Sprache als ein wesentlicher Faktor genannt, der Zugänge erschwert und pädagogische Arbeit behindert. Dabei herrscht jedoch keine Einigkeit unter den interviewten Personen darüber, wo die Untergrenze bei den sprachlichen Kompetenzen liegt, die eine Teilnahme an den Maßnahmen gerade noch zulässt. Diese Grenze scheint eher fließend und abhängig vom angestrebten Ziel zu sein:

„Wir sind Heterogenität gewohnt, volles Programm. Diese macht weniger Schwierigkeiten. Wir hatten eher Sprachprobleme, wenn die Unterschiede im Sprachniveau zu unterschiedlich sind. Und man die Herkunftssprache nicht zur Hand hat, sozusagen, dass man übersetzen kann. Klar haben wir versucht, die Veranstaltungen solidarisch durchzuführen, wir haben Personen mit guten Sprachkenntnissen aufgefordert, sich neben Personen zu setzen, deren Kenntnisse schwach sind. Und es dauert viel länger, d.h. eine solche Situation hat organisatorische und planerische Konsequenzen. Mit der Sprache hängt zusammen, ob die Inhalte transportiert und verstanden werden.

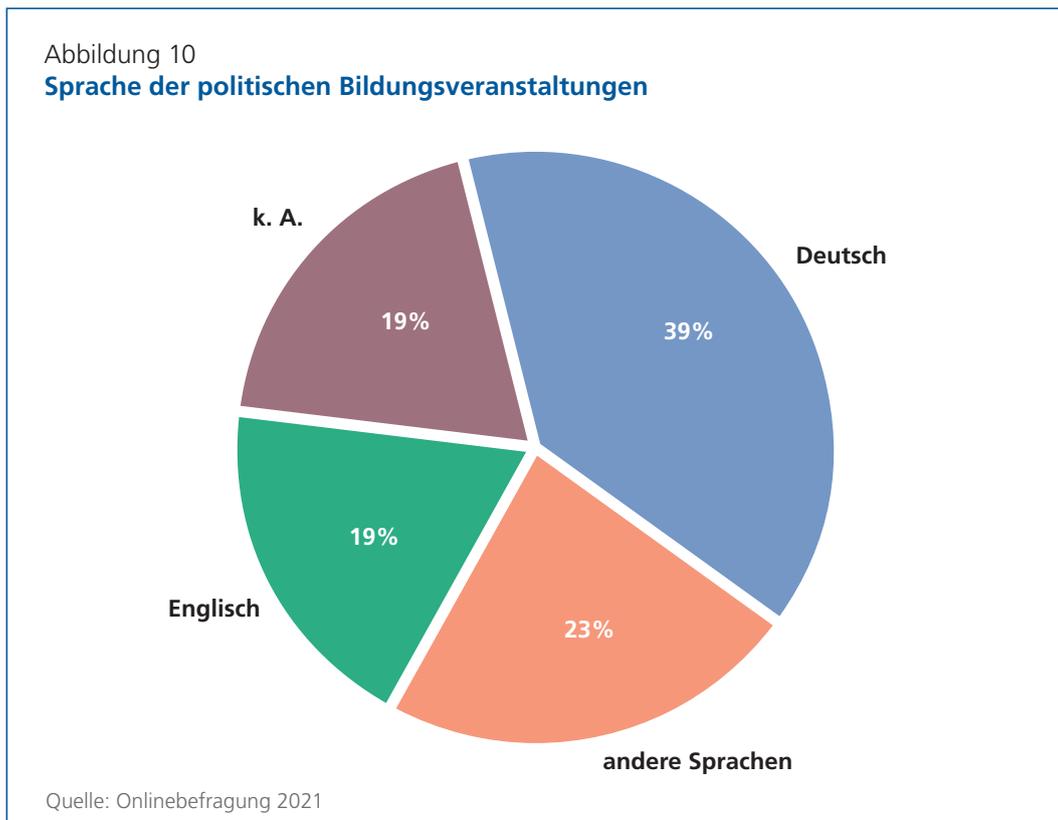
Ich muss lachen, wenn ich höre, dass B2 ausreichend sei. Natürlich kann ich Dinge erklären. Aber ich kann auch einem zehnjährigen Kind erklären, was Kommunismus ist. Es kann dann vielleicht auch das Wort Kommunismus richtig schreiben, aber es weiß noch lange nicht, was der Inhalt ist. Wir reden doch über sehr komplexe Angelegenheiten, rechtliche Fragestellungen, komplexe Abläufe, die man durchdringen und auch oft abwägen muss usw. Ich finde, wenn der Wortschatz gering ist, und ich füge noch ganz böse hinzu, wenn der Horizont nicht sehr weit ist, dann wird es sehr schwierig.“³⁸

„Es braucht ein bestimmtes sprachliches Niveau, nämlich B2, um einen intensiven Austausch zu ermöglichen, um die kognitiven Elemente mit der Lebenswelt der Teilnehmerinnen zu verschalten. Alles, was davor ist, findet auch statt, aber ist um ein Vielfaches schwieriger.“³⁹

Die festgestellten unterschiedlichen Auffassungen von den notwendigen sprachlichen Kompetenzen deuten darauf hin, dass es unter den Trägern in Brandenburg und in der Fachöffentlichkeit keinen Konsens bezüglich der methodischen Anforderungen in der Arbeit mit Menschen gibt, die noch sehr geringe oder unzureichende Deutschkenntnisse haben. Hier scheint ein erheblicher Diskussionsbedarf zu bestehen, um zu klären, welche Methoden bei geringen sprachlichen Kenntnissen sinnvoll sind, welche Methoden aus der politischen Bildungsarbeit mit anderen benachteiligten Gruppen übertragbar sind und welchen Stellenwert der bewusste Einsatz von einfacher Sprache haben kann. Der oft geäußerte Hinweis auf die niedrigschwellige pädagogische Arbeit ist allein nicht ausreichend.

³⁸ Telefoninterview mit Monika Kadur, BBAG, 17. Juni 2021.

³⁹ Telefoninterview mit Sonja Palfner, Hüfnerhaus Bürgerzentrum Beeskow, 10. Mai 2021.



Angesichts der geringen Sprachkompetenz im Deutschen seitens der Teilnehmenden haben viele Träger den Ausweg darin gesucht, die Veranstaltungen der politischen Bildung in der jeweiligen Muttersprache bzw. der *lingua franca* Englisch durchzuführen. Dabei haben Migrantenorganisationen gewissermaßen einen natürlichen Vorteil, da sie leichter auf muttersprachliches Personal zurückgreifen können. Ganz in diesem Sinn konnte die Vertreterin einer Migrantenorganisation kategorisch erklären:

„Unsere Veranstaltungen sind in der Muttersprache, Russisch, Arabisch, Tschetschenisch, nach Bedarf.“⁴⁰

Den Angaben der Träger zufolge wurden 39 Prozent der Veranstaltungen in der deutschen Sprache durchgeführt, 42 Prozent dagegen in einer anderen Sprache, davon in der Muttersprache der Teilnehmenden (23 Prozent) und in englischer Sprache (19 Prozent) (vgl. Abbildung 10).

Die Interviewpartnerinnen und -partner machen dezidiert darauf aufmerksam, dass mit der Komplexität der behandelten Thematik und dem Anspruchsniveau in der Regel die Muttersprache mehr Möglichkeiten des Ausdrucks bietet. Diese Feststellung gilt uneingeschränkt für die Gruppe der Personen mit relativ kurzem Aufenthalt in Deutschland:

⁴⁰ Telefoninterview mit Diana Sandler, Jüdische Gemeinde des Landkreises Barnim e.V., 29. April 2021.

„Wenn man die Menschen wirklich abholen will, dann muss man solche Bildungsmaßnahmen wirklich in der Herkunftssprache machen. Die Debatten bekommen eine ganz andere Qualität, wenn sie in der Muttersprache stattfinden, viel tiefer, viel lebendiger, viel offener ... In der Muttersprache ist der Ausdruck ein anderer, was sich besonders bei sensiblen Themen bemerkbar macht. Wir haben mit den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes begonnen. Damit werden komplexe Themen der Meinungsfreiheit, der persönlichen Entwicklung, der Gleichberechtigung von Mann und Frau angesprochen. Das sind Bereiche, da kommt es auf jede Formulierung und ihre Feinheit an. Und da kann man sehen, welchen riesigen Unterschied es macht, wenn ich jetzt eine Gruppe nehme, mit der ich auf Arabisch gearbeitet habe, und eine, mit der ich auf Deutsch gesprochen habe. Das ist ein phänomenaler Unterschied und ich muss sagen, dass die Diskussionen auf Arabisch wesentlich lebhafter und intensiver sind.“⁴¹

In einer Reihe von Fällen wurden von den Trägern auch Sprachmittelnde⁴² eingesetzt, um die sprachliche Kommunikation in den Veranstaltungen sicherzustellen und gleichzeitig ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Teilnehmenden zu setzen:

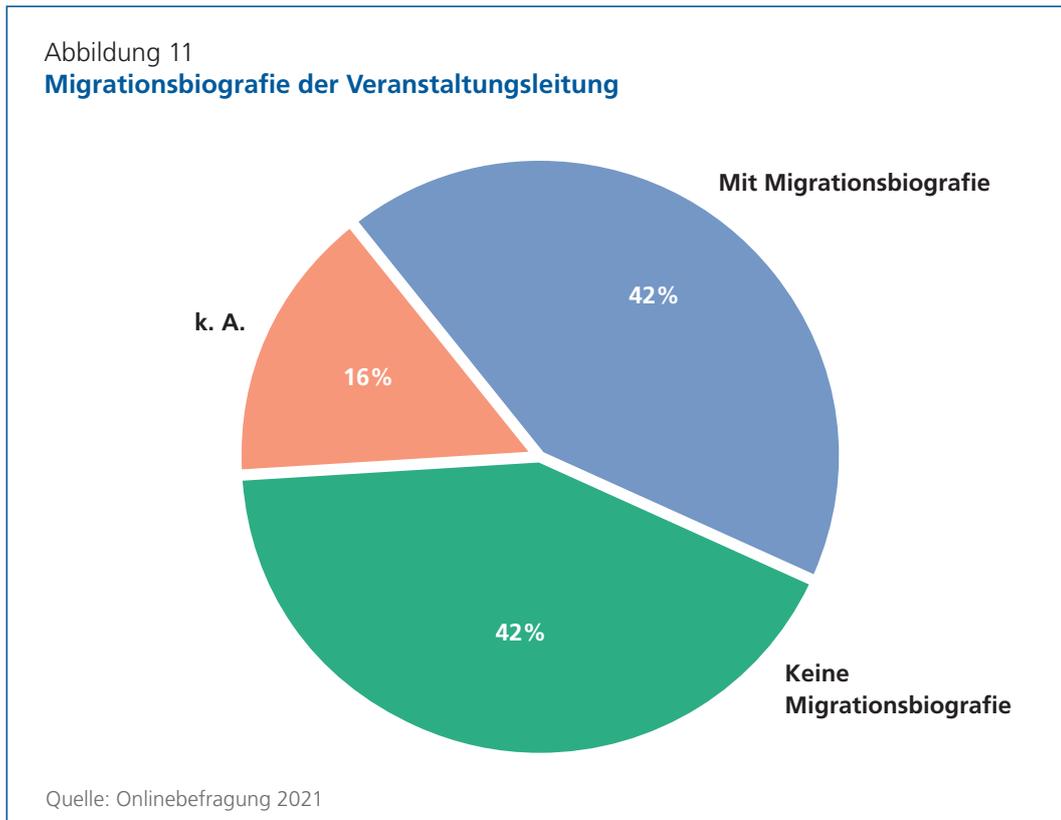
„Wenn es aber um kleinere Veranstaltungen geht, beispielsweise arbeitsintensive Workshops, dann haben wir die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, sich zu erkundigen: Wer hat sich angemeldet, welche Sprachen werden benötigt, können Übersetzerinnen eingesetzt werden oder sind einzelne Teilnehmende mehrsprachig, sodass sie für die anderen übersetzen? Ich würde schon sagen, dass die Frage der Übersetzung abgeklärt werden muss, als ein wichtiger Punkt für den Zugang zu Veranstaltungen. Übersetzung ist sozusagen eine Qualitätsgarantie und zugleich sichert Übersetzung eben den Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe ... Gerade in Veranstaltungen, in denen es um komplizierte Dinge und komplexe Themen geht, dann ist die Sicherstellung der Kommunikation eben sehr wichtig.“⁴³

Entsprechend ihren Möglichkeiten setzten die Träger in den vergangenen Jahren vielfach Personen mit eigener Migrationsbiografie ein (vgl. Abbildung 11). Dabei ging es vordergründig um die Sicherstellung der sprachlichen Kommunikation, wenngleich sich sehr schnell herausstellte, dass diese Vorgehensweise erhebliche Vorteile sowohl bezüglich der Zugänge zur Zielgruppe als auch der pädagogischen Arbeit bringt. Gewissermaßen schafft das Einsetzen von Referentinnen und Referenten bzw. Moderatorinnen und Moderatoren mit eigener Migrationsbiografie eine tragfähige Brücke zur Zielgruppe und sie machen die teilweise abstrakten Inhalte der politischen Bildung durch ihre persönliche Geschichte erlebbar und dialogfähig. Diese „Zeitzeugenschaft“ unterstützt zweifellos den Aufbau einer vertrauensvollen Veranstaltungsatmosphäre, was wiederum den Erfolg der Veranstaltungen deutlich begünstigt.

⁴¹ Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflichem Politologen und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021.

⁴² Der Einsatz von Sprachmittelnden stellt eine Reihe von Anforderungen an die Qualifikation der mittelnden Personen, über die bei dem Träger in Brandenburg nicht immer ausreichend Klarheit besteht bzw. qualifizierte Personen nicht verfügbar sind.

⁴³ Telefoninterview mit einer Person aus dem Aktionsbündnis weltoffenes Werder, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021.



Die folgenden Äußerungen sind daher kein Einzelbeispiel. Ähnliche Einschätzungen wurden im Verlauf der Interviews mehrfach vertreten.

„Während der Veranstaltungen ist es sehr auffällig, wenn man sich bemüht, Referentinnen oder Moderatorinnen auszuwählen, die selbst einen Migrationshintergrund oder -erfahrung haben, und dann Veranstaltungen für migrantische Personen anbieten. Da ist das Vertrauensverhältnis schneller hergestellt und die Teilnehmenden können sich besser identifizieren, wenn sie wissen, dass die Person eine ähnliche Erfahrung gemacht hat, die zu ihnen spricht oder von ihren Erfahrungen berichtet. Das hat sehr gut funktioniert. Es ist für uns erstrebenswert gewesen, das zu schaffen, wenigstens ein gemischtes Tandem einzusetzen. Gerade in Workshops, wo es, sage ich mal, um heftige Themen geht. Je mehr das Vertrauensverhältnis eine Voraussetzung für das Gelingen der Veranstaltung, des Workshops ist, umso wichtiger ist der Einsatz von Personen mit Migrationserfahrung.“⁴⁴

⁴⁴ Telefoninterview mit einer Person aus dem Aktionsbündnis weltoffenes Werder, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021. Ganz in diesem Sinn äußerte sich auch Chadi Bahouth, der besonders mit Geflüchteten aus dem Nahen Osten arbeitete: „Was natürlich auch Vertrauen schafft ist, dass ich als Kind mit meinen Eltern als Geflüchteter nach Deutschland gekommen bin. Wenn ich ihnen meine Geschichte erzählt habe: Mein Vater ist Palästinenser, meine Mutter ist Libanesin, wir sind damals aus dem Libanon geflohen; ich weiß, wo ihr gerade steht. Das verändert natürlich die ganze Situation. Auch dass die Teilnehmenden wissen, ich kenne ihre Kultur. Das heißt, es ist nicht nur die Sprache, sondern auch welche Person vor ihnen steht. Ist das jemand, der eine Brücken bildende Funktion hat. Das hilft natürlich ungemein. Das soll nicht heißen, dass jemand, der Arabisch spricht und deutsche Wurzeln hat, dies nicht auch kann.“ — Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflichem Politologen und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021.

„Unsere Methode ist einfach; erstmal Respekt vor der anderen Kultur und darauf aufbauend ein gegenseitiger Lernprozess. Ich arbeite nicht nur für Migranten, sondern ich arbeite mit Migranten. Das bedeutet, beispielsweise, mehrere unserer Mitarbeitenden in den Veranstaltungen, etwa für Tschetschenen, sind selbst Tschetschenen, eben Mitglieder dieser Gruppen.“⁴⁵

In Bezug auf den Einsatz von pädagogischem Personal mit Migrationsbiografie haben Migrantenorganisationen gewissermaßen einen natürlichen Vorteil. Dieses Potenzial, das Migrantenorganisationen für die politische Bildung in Brandenburg mitbringen, ist noch ungenügend ausgeschöpft. Eine Ursache ist zweifellos die Gestaltung der Förderinstrumente, die noch stärker auf die konkreten Bedingungen dieser Organisationen zugeschnitten sein sollten.⁴⁶ Weiterhin muss festgestellt werden, dass auch die Möglichkeit, dass „gestandene“ Träger in gemeinsamer Verantwortung mit einer Migrantenorganisation Veranstaltungen durchführen und somit den institutionellen Lernprozess dieser Organisation unterstützen, noch zu wenig in Anspruch genommen wird.

Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen wird vor allem dann gesucht, wenn es um die Kommunikation mit der jeweiligen Community geht. Darauf macht eine Vertreterin des *Aktionsbündnisses weltoffenes Werder* aufmerksam:

„Ich will vorweg sagen: Auch wir haben nicht nur Erfolg. Es ist ein Arbeitsfeld, da kommt es zu Frustrationen und definitiv sind auch wir schon an unsere Grenzen geraten. Daher ist es unserer Erfahrung nach ganz unbedingt notwendig, eng mit migrantischen Selbstorganisationen zusammenzuarbeiten. Die gibt es, die sind sehr aktiv. Wenn man sich zusammenschließt, auf Augenhöhe zusammenarbeitet, dann hat man einen ganz anderen Zugang beispielsweise zu geflüchteten Menschen in den Heimen, weil die migrantischen Selbstorganisationen ein viel größeres Vertrauensverhältnis und ganz andere Beziehungen in die Communitys haben. Das ist unser Fokus, denn eine gute Zusammenarbeit mit diesen Organisationen ist die Basis für mehr Kontakt mit der Zielgruppe.“⁴⁷

Insgesamt glauben die Träger von politischen Bildungsmaßnahmen, dass die Zusammenarbeit mit lokalen, im Sozialraum verankerten Partnern von fundamentaler Bedeutung für die Adressierung und die Gewinnung von Teilnehmenden ist. Ohne sie wäre die Mehrheit der Veranstaltungen, die in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden, nicht zustande gekommen. Der Direktor von *Social Science Works* lässt keinen Zweifel an der Bedeutung der Kooperation, wenn er dazu feststellt:

⁴⁵ Telefoninterview mit Diana Sandler, Jüdische Gemeinde des Landkreises Barnim e.V., 29. April 2021.

⁴⁶ Auf diesen Aspekt machte u.a. Marie Offermanns, Projektleiterin bei der Stiftung für Engagement und Bildung e.V., aufmerksam: „Mir scheint es wichtig zu sein, wenn sich jetzt mehr und mehr Migrantenorganisationen entwickeln oder Geflüchtete in bestehenden örtlichen Vereinen mitwirken, dass ein einfacherer Zugang zu Förderungen gestaltet wird. Dass eine Beratung zu Fördermöglichkeiten zugänglich ist. Wir kennen doch das alle, wie viel administrativer Kleinkram da dranhängt. Und ich glaube, das kann sehr frustrierend wirken, wenn man sich überlegt, ich möchte hier eine Veranstaltung organisieren, ich würde gern da was aufziehen, ich möchte gern ein Kulturangebot schaffen, was auch längerfristig läuft, dann ist es schön, wenn man eine gute Beratung zur Seite gestellt bekommt und einfache Förderszenarien nutzbar sind, um Gelder bewilligt zu bekommen.“ In diesem Zusammenhang wurde das von der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg initiierte Förderprogramm zugunsten ehrenamtlicher Willkommensinitiativen als beispielgebend benannt. — Telefoninterview mit Marie Offermanns, Stiftung für Engagement und Bildung e.V., 18. Mai 2021.

⁴⁷ Telefoninterview mit einer Person aus dem Aktionsbündnis weltoffenes Werder, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021.

„Wir sind sehr abhängig von lokalen Vertrauenspersonen, Sozialarbeitern, Ehrenamtlichen, die eine gute Beziehung zu den Geflüchteten aufgebaut haben und den Geflüchteten sagen: Hey, das ist wichtig, du solltest mitmachen, beteilige dich! Leider gibt es nicht genug Personen, die sich dafür einsetzen. Es hängt eben sehr davon ab, wie engagiert die lokalen Partner sind. Es gibt Sozialarbeiter in den Gemeinschaftsunterkünften, die wirklich von Tür zu Tür gehen, klopfen und einladen: Hey, es gibt einen Workshop, Sie sollten dabei sein! Andere sind der Meinung, das kann ich nicht machen.“⁴⁸

Seine Ausführungen lassen weiterhin den Schluss zu, dass der Erfolg der Veranstaltungen davon abhängig ist, wie es gelingt, die Qualität der Beziehungen zu den lokalen Partnern zu stärken und zu verstetigen. Dabei scheint es von großem Gewinn zu sein, wenn diese Partner möglichst frühzeitig in die Planung und Vorbereitung der Veranstaltungen einbezogen werden.

Ein Grundprinzip der politischen Bildung gilt – ungeachtet aller Schwierigkeiten und sprachlicher Hürden – auch für die Arbeit mit Zugewanderten. Dies bekräftigt einmal mehr die Äußerung eines Interviewpartners: „Mir scheint wichtig, dass man es mit den Menschen gemeinsam plant und vorbereitet.“⁴⁹ Diese Art der Koproduktion von Erfolgen in der politischen Bildungsarbeit nimmt bei einigen Trägern einen bedeutenden Raum in der praktischen Gestaltung der Bildungsangebote ein, wie die folgende Aussage belegt:

„Aber wir haben auch gemerkt, es hängt von der Gruppe selbst ab. Man sollte so schnell wie möglich die Gruppe in die Pflicht nehmen und sie verantwortlich machen für den Erfolg der Workshops. Wir laden die Teilnehmenden ein, Familienmitglieder, Freunde mitzubringen, wir bilden eine WhatsApp-Gruppe und wir kommunizieren mit der Gruppe; zwei Tage vor dem Termin schreiben wir, es geht wieder weiter, das wird das Thema sein, eine Stunde vor dem Workshop erinnern wir. Man muss also ständig daran arbeiten, dass die Teilnehmenden die Verantwortung für den Erfolg übernehmen.“⁵⁰

48 Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021.

49 Telefoninterview mit Bernhard Fricke, Flüchtlingsarbeit Ev. Kirchenkreis Potsdam, 27. April 2021. In diesem Interview führte der Interviewpartner weiterhin aus: „Alle konkreten Vorhaben bzw. Veranstaltungen wurden gemeinsam entwickelt ... Das, was dort gelernt oder erfahren werden soll, ist nicht etwas Vorgesetztes, sondern etwas, was aus den eigenen Bedürfnissen der Betroffenen entwickelt wird. Ich gebe nochmal ein Beispiel: Wenn gefragt wird, wie sieht meine Zukunft aus, dann lässt sich daraus eine Veranstaltung, ein Projekt entwickeln, das fragt: Wie können wir als Migrant*innen auf unsere Zukunft einwirken, wie können wir unsere Zukunft gestalten? Das ist eine Veranstaltung, die an ein individuelles Bedürfnis anknüpft. Dieses Vorgehen war mir sehr wichtig. Es geht nicht darum, dass ich sage, ihr müsst jetzt Mülltrennung lernen, sondern darum, aus dem Bedürfnis, die eigene Zukunft zu gestalten, etwas entwickeln. Dann kommt man an denselben Punkt, dann kommt man auch zu ökologischen Fragen ... Die Migrant*innen und Migranten haben an die Projektarbeit eine ziemlich hohe Erwartung. Die Erwartung heißt, auf einen Satz gebracht, es muss mir etwas bringen. Und wenn politische Bildung nichts bringt, für mein Leben, also in irgendeiner Weise einen positiven Output hat, dann ist das Interesse daran auch nicht groß. Aber das ist nicht nur individuell gemeint, sondern auch kollektiv.“

50 Telefoninterview mit Hans Blokland, Social Science Works gUG, 6. Mai 2021. In diesem Sinn ist auch folgende Einschätzung von Interesse. „Was auch nicht funktioniert, ist, in den Gemeinschaftsunterkünften Aushänge zu machen. Da hat sich eher bewährt, Bewohner*innen und Bewohner*innen anzufragen, ob sie Flyer in der Unterkunft, von Zimmer zu Zimmer, verteilen würden.“ — Telefoninterview mit einer Person aus dem Aktionsbündnis weltoffenes Werder, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021.

Mit diesem Aspekt der Arbeit lässt sich eine Verbesserung der Erreichbarkeit und eine Steigerung der Lernmotivation erreichen.

Einige Träger haben gute Erfahrungen damit gemacht, die Zugewanderten aus dem eigenen Milieu „herauszuholen“ und gemeinsam mit „Einheimischen“ die geplanten Veranstaltungen zu bestreiten, um eine spezifische Lernumgebung zu schaffen. So bekräftigt der Projektleiter einer Veranstaltungsreihe diese Strategie mit den folgenden Worten:

„Natürlich ist der Wunsch da, sich in der neuen Sprache auszudrücken. Der Wunsch ist auch ganz groß gewesen, wir möchten diese Veranstaltung gemeinsam mit Deutschen machen, mit ihnen den Austausch suchen.“⁵¹

Gemeinsame Veranstaltungen können für alle Teilnehmenden, Einheimische wie Mehrheimische, zu einem Ereignis werden, das authentische Erfahrungen und besondere Lernerfolge ermöglicht. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass diese Veranstaltungen besonders sorgfältig vorbereitet und achtsam moderiert werden und so eine Begegnung auf Augenhöhe selbstverständlich ist. Es muss sichergestellt werden, dass alle Teilnehmenden als Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden und davon ausgehen können, dass alle Anwesenden sich um die behandelten Fragen ebenso viele Gedanken machen und sie in der Lage sind, sich zu äußern.

⁵¹ Telefoninterview mit Chadi Bahouth, freiberuflichem Politologen und Erwachsenenbildner, 10. Mai 2021.

Exkurs: Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie und die in der Folge ergriffenen Präventions- und Schutzmaßnahmen haben die politische Bildungsarbeit wesentlich eingeschränkt und über lange Strecken Veranstaltungen sogar gänzlich unmöglich gemacht. Dabei wurden Aktivitäten, die sich v. a. an Geflüchtete richteten, vergleichsweise besonders hart getroffen. Dies ergibt sich aus den Besonderheiten ihrer Lebenssituation. Vor allem der ohnehin fragile, von zufälligen Faktoren abhängige Zugang⁵² zu den Personen aus dieser Zielgruppe wurde durch die Pandemie stark eingeschränkt, wie die folgende Äußerung belegt:

„In Corona-Zeiten ist uns der Kontakt abhandengekommen. Obwohl wir ab April (2020 – Anmerkung des Autors) Zoom-Treffen organisiert haben. Aber dazu fehlt das Internet in den Gemeinschaftsunterkünften, also die gesamte Infrastruktur. Wir haben manchmal per WhatsApp hin und her geschrieben ... Aber letztlich haben wir einen sozialen Verlust zu verbuchen. Wir haben versucht, virtuell Kontakt in die Gemeinschaftsunterkünfte zu halten. Aber es wurde alles abgeblockt.“⁵³

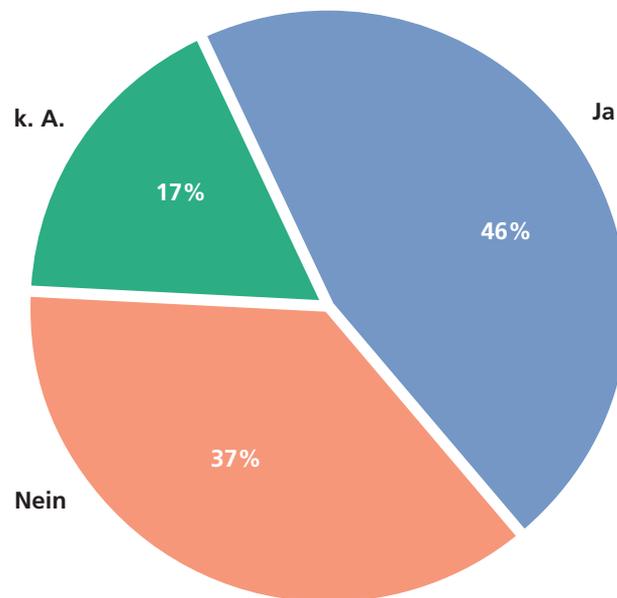
Neben den fehlenden technischen (und räumlichen) Voraussetzungen⁵⁴ in so gut wie allen Gemeinschaftsunterkünften zeigt die Studie, dass die Motivation der adressierten Personen zur Teilnahme an einem Online-Format ohnehin geringer ausgeprägt ist. Unter den Bedingungen der Pandemie wiegt diese geringe Bereitschaft zur Arbeit in virtuellen Räumen umso schwerer. Das entspricht den Aussagen bezüglich der allgemeinen Beweggründe der Geflüchteten, an den politischen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen. Wie bereits ausgeführt, wirken soziale und kommunikative Bedürfnisse als wesentliche „Pull-Faktoren“, während Informationsvermittlung und Wissenserwerb demgegenüber eine nachgeordnete Rolle spielen. Gerade soziale und kommunikative Bedürfnisse werden aber durch virtuelle Formate nur in geringem Maß bedient.

52 Der Zugang zu den potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist keineswegs eine zuverlässige und dauerhafte Konstante, sondern ist eher von zufälligen Faktoren abhängig. Unter ihnen spielt das Engagement der zivilgesellschaftlichen Unterstützerinnen und Unterstützer sowie die Einsatzbereitschaft der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine ganz besondere Rolle.

53 Telefoninterview mit Heike Krüger, Netzwerk für Toleranz und Integration Märkisch Oderland, 19. Mai 2021.

54 „Es ist so, dass bei den Teilnehmenden teilweise das technische Equipment fehlte. Man kann nicht alles übers Handy machen. In den Gemeinschaftsunterkünften sind Bedingungen nicht vorhanden, um etwa in einem Saal die AHA-Regeln einhaltend vor einem Bildschirm zu arbeiten.“ — Telefoninterview mit Monika Kadur, BBAG, 17. Juni 2021.

Abbildung 12

Virtuelle Veranstaltungsangebote

Quelle: Onlinebefragung 2021

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Fakt: In fast jedem Kontext kommt den lokal arbeitenden Willkommensinitiativen, den ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern, eine wichtige Scharnierfunktion zu. Sie vermitteln und motivieren, sind oftmals selbst informelle Bildungsakteure, sodass sie in vielen Fällen für die Arbeit der Trägereinrichtungen unerlässlich sind. Diese Menschen waren durch die COVID-19-Pandemie ebenso betroffen und die zeitweilig stark verbreitete Unsicherheit beeinflusste ihre Tätigkeit deutlich.

Angesichts der Omnipräsenz digitaler Kommunikationsmittel verwundert es nicht, dass fast die Hälfte der Träger versucht hat, auf die durch die COVID-19-Pandemie verursachten Einschränkungen mit virtuellen Veranstaltungsangeboten zu reagieren (vgl. Abbildung 12).

Die Versuche, die politische Bildungsarbeit unter Zuhilfenahme virtueller Plattformen weiterzuführen, werden unterschiedlich und ambivalent bewertet. Stellvertretend dafür ist eine Meinungsäußerung aus dem *Aktionsbündnis weltoffenes Werder*:

„Corona ist ein kompliziertes Thema. Ich muss sagen, dass die Mehrheit der Veranstaltungen mit der Zielgruppe eben genau in diese Zeit fiel. Und wir haben zweischneidige Erfahrungen gemacht. Wir haben viel über Online-Formate gemacht, das hat auch funktioniert. Aber es gibt einen ganz wichtigen Punkt: Nach unserer Erfahrung sind Online-Formate den Geflüchteten, die in Unterkünften leben, nicht zugänglich. Die Online-Veranstaltungen waren gut besucht, wenn sie sich aus der Vernetzung mit den Migrantenorganisationen ergaben oder es sich um Leute handelte, die schon länger in Deutschland leben und eine eigene Wohnung besitzen und damit über einen eigenen Internetzugang verfügen. Dann hat es gut funktioniert,

aber für die marginalisierte Gruppe, die in Unterkünften wohnt, hat das gar nicht funktioniert. Auf diese Weise wurden die Benachteiligung und der fehlende Zugang zur Gesellschaft so richtig deutlich. Für die ganze Welt ist es leicht, die Dinge auf Online-Format umzustellen, aber es gibt eben Leute, die verfügen über diese Möglichkeit nicht, weil es beispielsweise kein WLAN im Heim gibt.“⁵⁵

Angesichts der offenkundigen Schwierigkeiten wie auch aus konzeptionellen Gründen haben sich einige Träger gänzlich gegen virtuelle Formate entschieden:

„Wir haben eruiert, ob wir unsere Aktivitäten auch virtuell durchführen können, und haben feststellen müssen, dass wir wesentlich aus zwei Gründen nicht wirklich mit der Zielgruppe arbeiten können. Der eine ist, die Art und Weise wie wir in den Workshops eine Öffnung für schwierige Themen schaffen, damit die Teilnehmenden sich auch emotional öffnen und Reflexionsprozesse angestoßen werden. Das klappt online so nicht. Vor dem Bildschirm sitzend, allein, ist es einfach nicht möglich, die soziale Interaktion anzustoßen und zu spüren, wie das sonst der Fall ist, und eine Dynamik in der Gruppe entstehen zu lassen.

Wir haben aber auch festgestellt, dass es mit einer Gruppe, die wir bereits kennen, klappt. Aber wenn es Gruppen sind, die neu sind, wo wir die Teilnehmenden kennenlernen müssen und die Teilnehmenden uns, da klappt es nicht und das Konzept kommt nicht zur Wirkung.

Und das Zweite sind die technischen Hürden, denn gerade unsere Teilnehmenden sind ja in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, wo sie möglicherweise WLAN haben, aber im Datenvolumen begrenzt sind. Eine Videokonferenz funktioniert einfach nicht. Die technischen Hürden sind so hoch, dass wir keine Teilnahme für alle sichern können.“⁵⁶

Ungeachtet der „digitalen Exklusion“ vieler Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften lassen sich aus den Untersuchungsergebnissen durchaus auch Erfolgsfaktoren bzw. positive Aspekte der Arbeit mit virtuellen Formaten ableiten. Einige der befragten Personen erkennen in der internetgestützten Arbeit einen „positiven Effekt, da mehr Menschen aus dem ländlichen Raum teilnehmen, weil die Fahrtwege wegfallen...“⁵⁷ Weiterhin bemerken die Befragten, dass die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Online-Veranstaltung steigt, wenn folgende Faktoren gegeben sind:

- eine intensive Vorbereitung der Veranstaltung, die ansprechenden und dynamischen Aktivierungs- und Beteiligungsformaten zentrale Bedeutung zumisst und während der Veranstaltung einen entsprechenden Raum vorsieht,
- die Teilnehmenden der Online-Veranstaltung bereits zu anderen Gelegenheiten miteinander gearbeitet haben (vorzugsweise in Präsenzveranstaltungen),

⁵⁵ Telefoninterview mit einer Person aus dem *Aktionsbündnis weltoffenes Werder*, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021.

⁵⁶ Telefoninterview mit Beatrice Mansour, MIND prevention, 27. Mai 2021.

⁵⁷ Kommentar in der Onlinebefragung.

- die Teilnehmenden bereits über ausreichende, gefestigte Informatikkompetenzen verfügen (jüngeren Personen oder Personen mit höherer Bildung fällt dabei der Umgang mit internetgestützten Formaten leichter).

Bilanz der Landesintegrationskonferenz 2021

Die alljährlich stattfindende und in der brandenburgischen Fachöffentlichkeit tief verankerte Landesintegrationskonferenz kam am 14. Oktober 2021 als hybride Veranstaltung zustande. Die Modalität erlaubte es, 32 Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenorganisationen kommunaler Verwaltungen sowie Landes- und Bundesbehörden in der Tagungsstätte an der Debatte teilzunehmen, während 42 Personen das Tagungsgeschehen online verfolgten und sich teilweise im Plenum oder in einer der Arbeitsgruppen zu Wort meldeten. Die Veranstaltung stand unter dem Titel *Politische Bildung und Integration in Brandenburg*.⁵⁸ Die zahlreichen Beteiligungen von Expertinnen und Experten in eigener Sache sowie von Trägern der politischen Bildungsmaßnahmen bestätigten die Wichtigkeit dieser Schwerpunktsetzung. Die Teilnehmenden wirkten im Verlauf der Veranstaltung an einer lebhaften, teilweise auch sehr kontroversen Debatte mit. Insbesondere die Arbeitsgruppen (davon zwei in Präsenz und zwei auf einer Onlineplattform) galten als Ort des intensiven fachlichen Austausches. Einig waren sich die Anwesenden, dass die Verbreitung freiheitlich-demokratischer Werte in allen Teilen der Gesellschaft ein wichtiger Beitrag gegen das Erstarken illiberaler Kräfte ist. In Brandenburg gibt es grundsätzlich eine ausreichende Anzahl von Bildungsträgern, die für den Schutz der Demokratie eintreten, sich jedoch, so forderten Podiumsgäste und das Plenum gleichermaßen, noch stärker für die Bedarfe der Zugewanderten öffnen müssen.

Die folgende Zusammenfassung der Debatte im Verlauf der Landesintegrationskonferenz legt keinen Wert auf eine vollständige Wiedergabe der verschiedenen Diskussionsbeiträge, sondern möchte eher Äußerungen hervorheben, die im Verlauf der Konferenz die Debatte in Schwung brachten und darüber hinaus geeignet sind, der politischen Bildungsarbeit mit und für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg einen Impuls zu verleihen.

Einer der Input-Gebenden zeichnete vor dem Hintergrund der eigenen langjährigen Erfahrungen aus der Suche nach Möglichkeiten der politischen Beteiligung ein deutliches Bild der existierenden, vorwiegend rechtlich begründeten institutionellen Grenzen, die insbesondere Geflüchtete daran hindern, sich für Angebote der politischen Bildung zu interessieren und an diesen teilzunehmen. Gleichzeitig, noch während diese Zugangsbarrieren diskutiert wurden, verwiesen andere Teilnehmende der Veranstaltung vor allem auf die Potenziale, die es für die politische Bildungsarbeit mit Zugewanderten und deren Beteiligung an unterschiedlichen politischen Gremien und Kam-

⁵⁸ Veranstaltungsprogramm siehe Anhang.

pagnen gibt. Ferner würde die öffentliche Förderung der politischen Bildung dieser Zielgruppe die Anstrengungen belegen, die vonseiten der Landesregierung zum Abbau von solchen Barrieren unternommen werden. Der sich auf diese Weise abzeichnende Spannungsbogen bildete über die gesamte Debatte der Landesintegrationskonferenz hinweg ein deutlich vernehmbares „Hintergrundrauschen“, das für die vielfältigen Schwierigkeiten und Dilemmata der politischen Bildungsarbeit in Brandenburg stand.

Auf diese Weise zeichnete sich im Verlauf der Landesintegrationskonferenz einmal mehr die die fortdauernde Herausforderung ab, vor der alle Akteure in der politischen Bildungsarbeit für Zugewanderte stehen: Zugangswege, Inhalte und Angebotsformen stärker an die lebensweltlichen Bedingungen der unterschiedlichen Zuwanderergruppen anzupassen und einer kontinuierlichen Überprüfung, unter möglichst breiter Einbeziehung der angestrebten Zielgruppe, zu unterziehen. In diesem allgemeinen, aber zugleich umfassenden Fazit der Aussprache im Verlauf der Landesintegrationskonferenz verbergen sich mindestens drei Themenfelder, von deren erfolgreicher Bearbeitung durch die Bildungsträger ein deutlicher Impuls für die politische Bildungsarbeit in Brandenburg ausgehen könnte würde: Die Anerkennung der Heterogenität der Zugewanderten barrierefreie Zugänge zu politischen Bildungsangeboten, effektive Instrumente der Wirkungsforschung.

Zahlreiche Anwesende äußerten ihre Besorgnis darüber, dass Frauen aufgrund von fehlender Kinderbetreuung nicht oder nur unzureichend am Sprachunterricht teilnehmen können und in der Folge keine sprachlichen Voraussetzungen besitzen, um an Angeboten der politischen Bildung teilzunehmen. Eine ähnlich gelagerte Situation zeigt sich bei Menschen mit Behinderung, bei Personen mit einer andauernden, schwerwiegenden Erkrankung oder bei Seniorinnen und Senioren. Weitere Stimmen machten darauf aufmerksam, dass vor allem Migrantinnen und Migranten aus den EU-Mitgliedstaaten von den Angeboten der politischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden. Fasst man diese unterschiedlichen Äußerungen von Anwesenden zusammen, dann zeigt sich die deutliche Notwendigkeit, das imaginäre Bild eines „idealtypischen Migranten“ zu überwinden, um stattdessen die Heterogenität der Zugewanderten in Brandenburg anzuerkennen und in der Angebotsgestaltung konstruktiv mit dieser Vielfalt umzugehen.

Dieser angemahnte und alternativlose Umgang mit der vielfältigen Zuwanderungsrealität gestaltet sich angesichts der spärlichen Datenlage zur politischen Bildung von Migrantinnen und Migranten, ihrem allgemeinen Weiterbildungsverhalten und ihren vorherrschenden Weiterbildungsinteressen als eine besondere Herausforderung. Mehrfach wurde im Verlauf der Landesintegrationskonferenz betont, dass der erfolgversprechendste Ausweg aus dieser schwierigen Situation die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen ist. Die möglichst strukturell verankerte Kooperation mit diesen Organisationen der Selbstvertretung von Migrantinnen und Migranten ermöglicht das Feststellen von Bedarfen, Bedingungen und Ressourcen innerhalb der anvisierten Personengruppe und die Gestaltung eines vielfältigeren Spektrums an Angeboten und Teilnahmemöglichkeiten. Auf diese Weise kann weitgehend erreicht werden, dass:

- die Angebote nicht exklusiv auf eine Differenzlinie beschränkt werden und somit ein geringes oder gar kein Risiko des *Otherings*⁵⁹ aufweisen,
- die Hindernisse abgebaut werden können, die es erschweren, diese Gruppe zu erreichen und
- die Passung zwischen Angebot und Adressatengruppe hergestellt wird.

In diesem Zusammenhang bestätigten die Anwesenden erneut eine Feststellung, die seit Jahren in der Fachöffentlichkeit gilt: Die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen ist nicht voraussetzungslos, sie bedarf neben gesicherter Repräsentativität vor allem Stabilität und Langfristigkeit in den Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, und hier sind insbesondere die östlichen Bundesländer aufgrund ähnlicher struktureller Bedingungen von Interesse, weist Brandenburg weniger gute Voraussetzungen für ebendiesen Dialog und die gemeinsame Arbeit auf, da immer noch zu wenige Gründungen von Migrantenorganisationen erfolgen und der Institutionalierungsgrad der Selbstvertretung auf einem geringen Niveau verbleibt. Folgerichtig appellierten Teilnehmende der Landesintegrationskonferenz wiederholt, den Prozess der Selbstvertretung von Zugewanderten noch stärker zu unterstützen und forderten die unterschiedlichen Akteure im Integrationsgeschehen des Landes, einschließlich der Träger der politischen Bildungsarbeit, auf, in ihren Wirkungsbereichen diese Aufgaben noch bewusster und zielgerichteter wahrzunehmen. Dabei kommt dem Wissenstransfer durch stabile Kooperationen und/oder Mentoringprogramme eine besondere Bedeutung zu. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang die Gestaltung von Förderprogrammen aus Landesmitteln angesprochen, da die entsprechenden Richtlinien oftmals den Zugang von Migrantinnen und Migranten zu Fördermitteln eher behindern, als dass sie Wege zum nachhaltigen Engagement ebnen.

In Bezug auf barrierefreie Zugänge zu politischen Bildungsangeboten überwogen die Stimmen, die eindeutig für einen Perspektivwechsel plädierten, um sowohl die Inhalte als auch die Formen der Angebote stärker von den Adressatinnen und Adressaten aus zu konzipieren. Dabei kommt es darauf an, Bildungshintergründe, Migrationsbiografien, Genderaspekte ausreichend mitzudenken, um eine individuelle und zielgerichtete Ansprache sowie Passfähigkeit der Angebote zu verbessern.

Sprache – so wurde auf der Konferenz mehrfach betont – sei eine große Barriere für den Zugang zu den Angeboten der politischen Bildung. In der Frage, ob dennoch die entsprechenden Angebote auf Deutsch gehalten werden sollten und mit welchem Niveau des Spracherwerbs eine sinnvolle Bildungsarbeit möglich sei, war man sich nicht einig. Es gab ein starkes Plädoyer dafür, die Maßnahmen der politischen Bildung – zumindest für die Gruppe der Geflüchteten bzw. in frühen Phasen des Integrationsprozesses – in der Muttersprache durchzuführen. Und gleichzeitig wurden

59 Der Terminus *Othering* entstammt aus der anglo-amerikanischen sozialwissenschaftlichen Diskussion um Rassismus, Diskriminierung und Identität. Mit ihm wird ein Prozess umschrieben, in dem Menschen als „Andere“ konstruiert werden, um sie von einem ebenso konstruierten „Wir“ zu unterscheiden. Mit dieser Differenzierung gehen mehr oder weniger klare Zuschreibungen von unüberbrückbarer Differenz und/oder Minderwertigkeit einher.

Bedenken geäußert, denn in der Praxis wird sich die Muttersprachlichkeit der Angebote auf bestimmte Sprachen, beispielsweise Arabisch, Englisch, Französisch oder Persisch, beschränken. Das schließt jedoch nicht aus, dass dennoch einige potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiterhin von Sprachbarrieren behindert werden.

Mit Blick auf die politische Beteiligung von Zugewanderten kritisierten die Diskutierenden eine fehlende strukturelle Unterstützung auf der Ebene der Parteien, die nur marginal vorhanden sei. Als positives Beispiel wurde die AG Migration und Vielfalt der SPD Brandenburg⁶⁰ genannt, die jüngst neu gegründet wurde.

Die Landesintegrationskonferenz bestätigte, bei aller Unterschiedlichkeit in den konkreten Argumenten und Standpunkten, die bestehenden Herausforderungen für die politische Bildung von Zugewanderten im Land Brandenburg deutlich und macht einmal mehr auf die Verantwortung für die Weiterentwicklung bestehender Strukturen und Instrumente aufmerksam: Nachhaltige und aktivierende politische Bildungsarbeit für und mit Zugewanderten bedarf eines konstruktiven Umgangs mit Differenz und Heterogenität in der Angebotsgestaltung, ermöglicht die Koproduktion von Ergebnissen der Bildungsarbeit, kann sich auf Förderstrukturen stützen, die langfristiges Arbeiten gestatten, und erfährt öffentliche Sichtbarkeit und Anerkennung.

⁶⁰ www.spd-brandenburg.de/arbeitsgruppe/migration-und-vielfalt

Fazit und Ausblick

Die Trägerlandschaft und die Formate der politischen Bildung in Brandenburg, die sich an Zugewanderte wenden, sind außerordentlich vielfältig. Die entsprechenden Angebote sind vor der COVID-19-Pandemie über das gesamte Land verbreitet kontinuierlich angewachsen und sprachen vor allem Geflüchtete, unabhängig vom konkreten Rechtsstatus, an. Nach Einschätzung der Träger haben sich besonders jene Maßnahmen bewährt, die lebensweltliche Anknüpfungspunkte suchen und diese zum Ausgangspunkt für die Gestaltung von Seminaren, Workshops und ähnlichen Lernarrangements wählen. Als eine Variante dieses Ansatzes kann das Vorgehen gewertet werden, das die politische Bildung „einlagert“ in Willkommens-, Nachbarschafts- oder Integrationsprojekte. Etwas zugespitzt ließe sich formulieren, dass die politische Bildung sich in Brandenburg besonders erfolgreich gestaltet, wenn sie im Doppelpack kommt.

Die COVID-19-Pandemie hat diese Entwicklung abrupt gestoppt. Darauf reagierten einige Träger mit dem Wechsel zu virtuellen Formaten, um Veranstaltungsreihen fortzusetzen bzw. zu Ende zu bringen sowie den Kontakt zu den Teilnehmenden nicht abreißen zu lassen. Die Wirkungen dieser Bestrebungen blieben jedoch relativ begrenzt, da die technischen Voraussetzungen innerhalb der angesprochenen Zielgruppe nicht oder nicht in ausreichendem Maß gegeben waren. Darüber hinaus entsprachen die virtuellen Angebote nicht der Motivationslage der Mehrheit der Teilnehmenden.

Die Ergebnisse der vorgelegten Untersuchung erlauben es, die Faktoren zu benennen, die in der Vergangenheit zum Erfolg von politischen Bildungsmaßnahmen beigetragen haben, und sie im Folgenden thesenartig zusammenzufassen. Es liegt auf der Hand, dass diese Faktoren auch für zukünftige Vorhaben von Bedeutung sein werden:

- a) Politische Bildung braucht Zeit und Kontinuität, um, einerseits, stabile Zugänge zu den potenziellen Teilnehmenden zu schaffen bzw. zu verstetigen und, andererseits, die Veränderungen im Leben der Adressaten zu begleiten.⁶¹

⁶¹ Die Kernthemen der politischen Bildung müssen dauerhaft bearbeitet werden, weil die Lebenssituation der Menschen sich nach ihrer Aufnahme in Deutschland sowohl rasant ändern als auch von Frustrationen überschattet werden kann. Also: „... nicht nur mal ein paar Workshops, über ein paar Monate hinweg. Im besten Fall sollte es Gelegenheit geben, an Netzwerken, deren Aufbau und Pflege, über Jahre zu arbeiten und immer wieder politische Bildung anzubieten, immer wieder Veranstaltungen anzubieten, um die Kontinuität zu schaffen, die es für Nachhaltigkeit braucht.“ — Telefoninterview mit einer Person aus dem *Aktionsbündnis weltoffenes Werder*, die nicht namentlich benannt werden möchte, 12. Mai 2021.

- b) Politische Bildung fordert eine respektvolle und achtsame Atmosphäre, um in allen Phasen des Bildungsprozesses so umfassend wie möglich die Partizipation der Teilnehmenden und ihre Co-Verantwortung für den Bildungserfolg zu fördern.
- c) Bildungsmaßnahmen, die auf ein breites Netzwerk von Kooperationspartnern zurückgreifen können, in dem idealerweise Migrantenorganisationen eine wichtige Rolle spielen, haben in der Regel eine stabilere Teilnahme und zugleich größere Wirkung.
- d) Politische Bildung muss Raum für Gespräche über Frustrationen und deren Ursachen schaffen sowie die Konflikte und Ambivalenzen der Einwanderungsgesellschaft benennen.

Insgesamt stehen die brandenburgischen Träger vor mindestens vier Herausforderungen, die sich in unterschiedlichen Settings (erneut und weiterhin) stellen:

1. das quantitative Niveau und den erreichten Grad der räumlichen Abdeckung vor der COVID-19-Pandemie wiederzuerlangen und auszubauen;
2. die Veränderungen in der hauptsächlichen Zielgruppe zu begleiten und die daraus folgenden Herausforderungen für die inhaltliche Gestaltung der Maßnahmen anzunehmen und die Angebote, auch in ihrer Form, weiterzuentwickeln;
3. das zukünftige Angebot in weitaus stärkerem Maß auch auf die Zuwanderergruppen auszurichten, die keinen unmittelbaren Fluchthintergrund haben, und die Angebotsstruktur auszubalancieren. Dazu wird es erforderlich sein,
 - stärker und umfassender mit bestehenden Migrantenorganisationen zu kooperieren bzw. in geteilter Verantwortung zu arbeiten,
 - auf eine diesbezügliche Neujustierung der Förderinstrumente hinzuarbeiten bzw. daran mitzuwirken, die aktuelle Fokussierung und Verengung zu überwinden,
 - in der Fachöffentlichkeit und den regionalen Gremien/Netzwerken dafür einzutreten, die Angebote, die sich an ein allgemeines Publikum richten, grundsätzlich für diese Zuwanderergruppen sichtbar und attraktiver zu gestalten;
4. die politische Teilhabe fördernde Aspekte der politischen Bildung konsequent und praxisnah auszubauen, dabei auch die jeweiligen Grenzen zu thematisieren und die Selbstorganisation dezidiert zu unterstützen.

Fragebogen

Die diesjährige Landesintegrationskonferenz, eine Kooperationsveranstaltung des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, wird die politische Bildung von Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg in den Mittelpunkt der Aussprache stellen. Abhängig von der Entwicklung des Pandemiegeschehens wird die nunmehr 20. Integrationskonferenz voraussichtlich im Oktober stattfinden.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung führen wir diese Umfrage durch, die ein Teil der inhaltlichen Vorbereitung der Integrationskonferenz ist und anstrebt, einen Überblick zu den Angeboten der politischen Bildung zu erarbeiten, die sich an die Zielgruppe der Zugewanderten wenden. Die Ergebnisse werden im Verlauf der geplanten Veranstaltung vorgestellt werden

Die Beantwortung der Fragen wird ungefähr 15 Minuten in Anspruch nehmen.

Wir bedanken uns schon jetzt dafür, dass Sie Ihre Informationen und Wissen mit uns teilen. Alle gemachten Angaben werden streng vertraulich behandelt und die erhobenen Daten werden ausschließlich zum erwähnten Zweck verwendet und in anonymer Form weiterverarbeitet werden. Ihre Angaben werden also an niemanden weitergegeben, der nicht mit der Untersuchung beauftragt ist.



Teil A: Kurzbeschreibung der Maßnahme

In den folgenden Fragen bitten wir Sie, einen kurzen Überblick über die von Ihnen organisierten Veranstaltungen zu geben.

A1. Welchen der folgenden Bereiche würden Sie Ihre Einrichtung zuordnen?

- Politische Parteien/politische Stiftungen
- Kirchen/Religionsgemeinschaften
- Gewerkschaften
- Sonstige Vereine/Bürgerinitiativen
- Migrantenorganisationen

A2. Nennen Sie bitte die Anzahl an Veranstaltungen die Sie in den letzten Jahren durchgeführt haben?

2018	<input type="text"/>								
2019	<input type="text"/>								
2020	<input type="text"/>								

A3. In welchen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten führten Sie diese Veranstaltungen hauptsächlich durch? Mehrere Antworten sind möglich.

- Uckermark
- Barnim
- Märkisch-Oderland
- Oberhavel
- Ostprignitz-Ruppin
- Prignitz
- Havelland
- Potsdam-Mittelmark
- Teltow-Fläming
- Dahme-Spreewald
- Oder-Spree
- Elbe-Elster
- Oberspreewald-Lausitz
- Spree-Neiße
- Brandenburg a.d. Havel



Cottbus

Frankfurt/Oder

Potsdam

Im gesamten Bundesland

**A4. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. Zugewanderte allgemein/heterogene
Zusammensetzung**

2018

2019

2020

**A5. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. Geflüchtete im Asylverfahren**

2018

2019

2020

**A6. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. Geduldete**

2018

2019

2020

**A7. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. Spätausgesiedelte**

2018

2019

2020

**A8. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. EU-Angehörige**

2018

2019

2020

**A9. Welche Zielgruppen wurden bei den Veranstaltungen angesprochen?
Mehrere Antworten sind möglich. Drittstaatsangehörige**

2018

2019



2020

A10. Welchen zeitlichen Umfang hatten die einzelnen Maßnahmen in der Regel?

Bis zu 2 Stunden

Bis zu 5 Stunden

Mehr als 5 Stunden

Sonstiges

Sonstiges

A11. In welcher Sprache wurden die Maßnahmen angeboten? Mehrere Antworten sind möglich.

Deutsch

Englisch

Andere Sprache

Keine Angabe möglich

A12. Welche Themen wurden behandelt? Stichpunkte bitte.

A13. In welchem Beschäftigungsverhältnis standen die Veranstaltungsleitenden hauptsächlich?

Festangestellte

Honorarkräfte

Ehrenamtliche

A14. Hatten die Veranstaltungsleitenden selbst eine Migrationsbiographie?

Ja

Nein

Unbekannt



A15. Wie und von wem wurden die Inhalte der von Ihnen beschriebenen Maßnahmen festgelegt?

Teil B: Digitale Veranstaltungen

Wir würden Sie an dieser Stelle gerne zu online Veranstaltungen befragen.

B1. Haben Sie virtuelle Veranstaltungen durchgeführt?

Ja

Nein

B2. Wie viele solcher virtuellen Veranstaltungen haben Sie organisiert?

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

B3. Welche Erfahrungen haben Sie mit den virtuellen Veranstaltungen gesammelt?



Teil C: Kurzbeschreibung der Teilnehmenden

In diesem Abschnitt bitten wir Sie, die Teilnehmenden zu beschreiben.

C1. Wie ist das Profil der Teilnehmenden zu beschreiben?

Ausschließlich Frauen

Mehrheitlich Frauen

Ausschließlich Männer

Mehrheitlich Männer

Gemischte Zusammensetzung

Sonstiges

Sonstiges

C2. Zu welcher Altersgruppe würden Sie die Teilnehmenden zu ordnen?

Mehrheitlich bis 27 Jahre

Mehrheitlich 27 bis 45 Jahre

Mehrheitlich über 45 Jahre

Keine Angabe möglich

Sonstiges

Sonstiges

C3. Welches Alter hatten die jüngsten Teilnehmenden und welches Alter die ältesten Teilnehmenden?

Jüngste?

Älteste?

C4. Welchen Bildungsgrad hatten die Teilnehmenden in der Regel?

Mehrheitlich ohne Schulabschluss?

Mehrheitlich mit Schulabschluss?

Mehrheitlich mit Hochschulabschluss?



C5. Welchen momentanen Erwerbsstatus hatten die Teilnehmenden in der Regel?

Mehrheitlich Berufstätige

Mehrheitlich Arbeitssuchende

Mehrheitlich Hausfrauen

Gemischter Erwerbsstatus

Keine Angabe möglich

C6. Schätzen Sie bitte den Anteil der Teilnehmenden aus folgenden Herkunftsregionen

Naher Osten(Irak, Libanon,Syrien, Türkei etc.)

Zentralasien(Afghanistan, Iran etc.)

Nordafrika

Afrika südlich der Sahara

EU-Staaten

Nachfolgestaaten der UdSSR

Andere Drittstaaten

Nicht Bekannt

C7. Welche Motive hatten die Teilnehmenden, zu Ihren Veranstaltungen zu kommen? Bitte Stichpunkte.



Teil D: Einschätzung der Maßnahmen

In diesem Abschnitt würden wir Sie gerne um eine kurze Einschätzung Ihrer Maßnahmen bitten.

D1. Gibt es eine Einschätzung des Erfolgs der Maßnahme?

Ja

Nein

Unbekannt

D2. Wie würden Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen beschreiben?

Teil E: Einbindung der Maßnahmen

In diesem Abschnitt möchten wir von Ihnen wissen, wie die Teilnehmenden in die Vorbereitung der Maßnahmen eingebunden bzw. angesprochen wurden.

E1. Konnten die Teilnehmenden die Themenwahl beeinflussen?

Ja

Nein

Keine Angabe möglich

E2. Gab es bezüglich der Themenwahl eine Kooperation mit Mirantenorganisationen?

Ja

Nein

Keine Angabe möglich

E3. Wie wurden potenziell Teilnehmende über das Angebot informiert? Mehrere Antworten sind möglich.

Mund-zu-Mund-Propaganda

Internet/E-Mail

Flyer/Schreiben

Sonstiges

Sonstiges



E4. Welche Wege in der Ansprache potentieller Teilnehmer halten Sie für besonders erfolgsversprechend?

E5. Wo gibt es bezüglich der Ansprache Schwierigkeiten?

E6. Welche Zielgruppen konnten nicht oder nur schlecht erreicht werden?

Teil F: Sonstige Hinweise

F1. Möchten Sie noch einen Kommentar oder sonstige Hinweise zu dieser Umfrage geben?

Ja

Nein

F2. Bitte hier Ihren Kommentar



F3. Die Ergebnisse der Umfrage werden auf der diesjährigen Landesintegrationskonferenz vorgestellt werden. Möchten Sie eine persönliche Einladung zu dieser Veranstaltung erhalten?

Ich bitte um eine Einladung

Nein

F4. Tragen Sie hier bitte Ihre E-Mail Adresse ein, damit wir Ihnen eine Einladung übermitteln können.

Vielen Dank für Ihre Geduld und die wertvollen Hinweise.



Einladung

POLITISCHE BILDUNG & INTEGRATION IN BRANDENBURG

LANDESINTEGRATIONSKONFERENZ

14.10.2021 | 13.00 – 17.15 Uhr

Tagungshaus Hoffbauer Stiftung,
Potsdam-Hermannswerder & Online

Das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brandenburg führt seit über 20 Jahren jährlich eine Integrationskonferenz durch. In diesem Jahr werden wir uns mit den Erfolgen und Herausforderungen der politischen Bildung von Zugewanderten im Land Brandenburg beschäftigen. Ihre Bedeutung für eine erfolgreiche Integration ist unbestritten.

Gibt es in Brandenburg ausreichende Angebote? Sind diese gut zugänglich? Vor welchen Herausforderungen stehen Migrantenorganisationen, die politische Bildung anbieten? Welches sind insgesamt Erfolge und wo besteht noch Handlungsbedarf? Welchen Beitrag leistet politische Bildung für eine politische Teilhabe?

Mit diesen und anderen Fragen werden wir uns – teilweise in Arbeitsgruppen – beschäftigen. Einen guten Überblick über den Stand der politischen Bildung für Zugewanderte in Brandenburg gibt eine explorative Studie, die wir in Auftrag gegeben haben und deren wesentliche Ergebnisse in der Konferenz eingangs vorgestellt werden. Die Resultate unserer Debatten werden im Nachgang gemeinsam mit der Studie publiziert.

Sie sind herzlich eingeladen! Mit Ausnahme der AGs 2 und 3 findet das Programm vor Ort statt. Wir würden uns freuen, möglichst viele von Ihnen live auf Hermannswerder begrüßen zu können. Zusätzlich werden wir die Konferenz (Ausnahme AGs 1 & 4) online übertragen. Sollten Sie vor Ort sein und an AG 2 oder 3 teilnehmen wollen, müssten Sie bitte Ihren eigenen Laptop mitbringen, um sich einzuwählen.

ANMELDUNG

Bitte melden Sie sich bis Donnerstag, 7. Oktober 2021, an und geben dabei unbedingt an, ob Sie vor Ort dabei sein werden oder sich online dazu schalten wollen. Es gelten die dann gültigen Regeln zur Begrenzung der Pandemie. Für den Einlass gilt die 3-G-Regel.

Sollten Sie online teilnehmen, erhalten Sie 1-2 Tage vor der Veranstaltung den Link. Die Durchführung erfolgt über die Software ZOOM. Alle wichtigen Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.fes.de/digital/datenschutz-und-zoom>

E-Mail: anmeldung.potsdam@fes.de

Link zur online-Anmeldung
<https://www.fes.de/veranstaltung/veranstaltung/detail/254733>

Sie erhalten eine Bestätigung Ihrer Anmeldung.

Veranstaltungsort:

Hoffbauer Stiftung, Hermannswerder, 14473 Potsdam
<https://www.hoffbauer-stiftung.de>

Gute Erreichbarkeit mit dem Bus 694 (Abfahrt alle 20 Minuten) vom Hauptbahnhof Potsdam. Für Autofahrer stehen ausreichend Parkplätze zur Verfügung.

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

E-mail: anmeldung.potsdam@fes.de

Web: www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Landesbüro Brandenburg

Einladung

POLITISCHE BILDUNG & INTEGRATION IN BRANDENBURG

LANDESINTEGRATIONSKONFERENZ
14.10.2021 | 13.00 – 17.15 Uhr

Tagungshaus Hoffbauer Stiftung,
Potsdam-Hermannswerder & Online

PROGRAMM

ab 13.00 Uhr | Mittagsimbiss

14.00 Uhr | Begrüßung **Anne Seyfferth**, Leiterin FES-Landesbüro Brandenburg

14.05 Uhr | **Gespräch**
Dr. Wolfgang Bautz, Autor der FES-Studie zu „Politische Bildung von Zugewanderten im Land Brandenburg: Erfolge und Herausforderungen“ mit **Dr. Chadi Bahouth**, Dozent und Journalist

14.30 Uhr | **Fragen und Kommentare**

14.45 Uhr | Kaffeepause & Gallery Walk zu Ergebnissen der Studie (Charts werden auch online gezeigt)

15.00 Uhr | **Diskussion in Kleingruppen**
AG 1: Erfahrungen mit Zugangswegen und Barrieren für eine politische Beteiligung (findet nur vor Ort statt)
Impulse:
Obiri Mokini, Gründer des Refugee Radio Potsdam und des Vereins Cagintua e.V.
Claudia Guzmán de Rojas, Projektmitarbeiterin, La Red, Berlin
Moderation: **Monika Kadur**, Projektmitarbeiterin, Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.
AG 2: Migrantenorganisationen und politische Bildung (findet nur online statt)
Impulse:
Dr. Chadi Bahouth, Dozent und Journalist
Nabil Abo Nasser, Vorsitzender Geflüchteten Netzwerk Cottbus e.V.

Moderation: **Irina Holzmann**, Sozialberaterin, Bund der Vertriebenen e.V./Migrationsberatung

AG 3: Rassismus als Gegenstand der politischen Bildung (findet nur online statt)

Impulse:
Marianne Ballé Moudoumbou, Sprecherin Pan African Women's Empowerment and Liberation Organisation – PAWLO Germany

Moderation: **Björn Kulp**, International Consultant

AG 4: Wie kann Engagement gefördert werden? (findet nur vor Ort statt)

Impulse:
Dr. Doris Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg
Anna Stahl-Czechowska, Projektleiterin agitPolska e.V.

Moderation: **Juliane Mucker**, Geschäftsführerin, Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit e.V.

16.00 Uhr | Pause

16.15 Uhr | **Podiumsdiskussion: Politische Bildung als Voraussetzung für politische Teilhabe**

Dr. Doris Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg
Angelika Thiel-Vigh, Leiterin Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Ravindra Gujjula, Kreistagsabgeordneter Märkisch Oberland
Lennart Nieweler, Co-Vorsitzender AG Migration und Vielfalt der SPD Brandenburg

Moderation: **Dr. Wolfgang Bautz**

17.15 Uhr | Ende
Ausklang vor Ort

Literaturverzeichnis

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2017): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016. Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen, Forschungsbericht 30, Nürnberg.
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport** (2020): Richtlinie des MBJS zur Förderung von Maßnahmen der politischen Bildung durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung vom 24. Dezember 2020
- Mehrere Autoren** (2003): Memorandum Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Chancen. Risiken. Aufgaben, o. O.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz** (o. J.): Daten und Grafiken Menschen mit Migrationshintergrund o. O.
- Müller-Hofstede, Christoph**: Das Megathema Migration und die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung, in: Behrens, Heidi (Hrsg.); Motte, Jan (Hrsg.) (2006): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen, Schwalbach.
- Statistisches Bundesamt** (2020): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, o. O.
- Tissot, Anna; Croisier, Johannes**: Problemlagen geflüchteter Integrationskursteilnehmender. Bedarfe und Nutzung von Migrationsberatungsangeboten, in 2020: BAMF-Kurzanalyse, Ausgabe 3/2020, Nürnberg.

Weiterführende Literatur (Auswahl)

- Behrens, Heidi; Motte, Jan (Hrsg.)** (2006): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen, Schwalbach.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**, Bertelsmann Stiftung (2017): Tagungsdokumentation „Wertebildung in der Einwanderungsgesellschaft“, Gütersloh.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich)** (2019): Andere Länder, andere Sitten? Welche kulturellen Unterschiede Flüchtlinge wahrnehmen – und wie sie damit umgehen, Berlin.
- Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich)** (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.
- Füllekruss, David; Mecheril, Paul** (2021): Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft – demokratische Paradoxien und rassismuskritische Perspektiven, in: Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften 43.
- Rohloff, Sigurður A.; Martínez Calero, Mercedes; Lange, Dirk (Hrsg.)** (2018): Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Wiesbaden.
- Toyka-Seid, Christiane** (o. J.): Außerschulische politische Bildung mit jungen Geflüchteten: Erfahrungen, Themen, Bedarfe, Berlin.

www.fes.de

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**
Landesbüro
Brandenburg